



MülheimPlan 2004–2009



gemeinsam für
mülheim

Die Zukunftslandkarte für unsere Stadt

vorwort

„Die haben doch keinen Plan!“ Das sagt man so und meint: Die kennen sich nicht aus, die wissen nicht, wo es langgeht, die haben keinen Überblick.

Von der Mülheimer SPD kann das nicht behauptet werden. Wir haben einen Plan, den MülheimPlan 2004–2009. Er ist das Regierungsprogramm für unsere Stadt, der Ariadnefaden in Mülheims Zukunft.

Sie werden feststellen, der MülheimPlan enthält keine Bilanz nach dem Motto „Seht her, das alles haben wir gemacht“ Wir gehen davon aus, dass Sie als Bürger der Stadt das schon wissen. Überdies: Sie wollen zu Recht erfahren, was wir für die Zukunft unserer Stadt planen. Bilanzen sind da eher verzichtbar.

Das Kommunalwahlprogramm der SPD als MülheimPlan gibt es jetzt seit 35 Jahren. Ein kleines Jubiläum. Vieles von dem, was heute unsere Stadt ausmacht, stand in einem der Vorgängerpläne.

Lesen Sie, blättern Sie. Das Stichwortregister im Anhang ist hoffentlich hilfreich.

Der MülheimPlan 2004–2009 steht unter dem Motto “Gemeinsam für Mülheim – Kontinuität und Wandel“. Wir sind der festen Überzeugung, dass moderne Politik im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt entwickelt werden muss. Offenheit, Transparenz muss es schon bei der Ideenfindung geben. „Es gilt: Überzeugen geht vor Direktive, Partnerschaft vor Hierarchie, Flexibilität vor starrer Ordnung.“ So steht es im MülheimPlan. Genau so muss glaubwürdige Politik heute sein.

Wir freuen uns, wenn Sie uns beim Wort nehmen. Kein Plan ist umfassend. Teilen Sie uns Ihre Anregungen mit, ergänzen Sie, speisen Sie Ihre Ideen ein. Nur so kann die Gemeinschaftsaufgabe Stadtzukunft wirklich gelingen. Den MülheimPlan weiterzuentwickeln ist eine ständige Aufgabe, denn die Zeit bleibt nicht stehen.

Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, Anpacken und Zupacken haben Tradition in Mülheim. Packen Sie mit an! Gemeinsam für Mülheim.

Ihre



Dagmar Mühlendorf

Vorsitzende der SPD Mülheim an der Ruhr

01.	Die Zukunftskarte für unsere Stadt – Kontinuität und Wandel	4
02.	Die Zukunft gestalten Initiativen für morgen	5
03.	Die Stadt von morgen – Die soziale Stadt	7
04.	Kinder- und Familienfreundlichkeit – Markenzeichen sozialdemokratischer Politik	10
05.	Mülheim – Stadt für alle Generationen	12
06.	Gleichberechtigung leben – Chancengleichheit verwirklichen	15
07.	Gleichstellung leben – Chancengleichheit für Behinderte verwirklichen	17
08.	Mülheim – Bildungsstadt	18
09.	Mülheim – Die Kulturstadt	21
10.	Mülheim – „Offene Stadt“ Migration und Integration	23
11.	Mülheim – Die Bürgerstadt	24
12.	Mülheim – Die Gesundheitsstadt	27
13.	Mülheim – Die Sportstadt	28
14.	Mülheim – Die Stadt der Mobilität	30
15.	Mülheim – Die Stadt mit Zukunft	32
16.	Mülheim – Die Stadt der Arbeit	39
17.	Mülheim – sauber, sicher, ordentlich	42
18.	Mülheim – Die „grüne Perle“ im Revier	45
19.	Mülheim – Moderne Stadt, moderne Verwaltung	48
20.	Solide Finanzen – Investitionen in und für die Menschen	49
	Stichwortverzeichnis	50

01

Die Zukunftslandkarte für unsere Stadt – Kontinuität und Wandel

Sie halten den neuen MülheimPlan 2004–2009 in Händen, die Zukunftslandkarte für unsere Stadt. Er folgt einer klaren Ausschilde- rung: Bewahren, Gestalten, Entwickeln. Wir wollen Kontinuität und Wandel.

Die Zeit bleibt nicht stehen. Neue Herausforderungen verlangen neue Antworten, neue Ideen, neue Konzepte. Wir gehen die Zukunft selbstbewusst an. Mülheim ist traditionell eine selbstbewusste und selbstständige Stadt. Die Stadt ist Heimat. Die Stadtteile, in denen die Menschen wohnen und leben, sind ihr Zuhause.

Mülheim an der Ruhr ist rein statistisch eine Großstadt. Aber wir alle wissen: Mülheim ist eher eine mittelgroße Stadt mit gelegentlich durchaus kleinstädtischen Zügen. Sie ist überschaubar, nicht so anonym und unpersönlich wie andere Städte. Die sozialen Struktu- ren sind vergleichsweise intakt.

Die Mülheimer sind stolz auf ihre Stadt.

Die Mülheimer sind stolz auf ihre Stadt. Und das zu Recht. Mülheim hat die Probleme und Herausforderungen immer aktiv angepackt, hat sich nie versteckt, hat die Wandlungen, die im Ruhrgebiet anstanden, frühzeitig selbstbewusst ohne Selbstüberschätzung mit Augenmaß in Angriff genommen. Vergleicht man die Wirtschafts- und die Arbeitsmarktdaten mit denen der Nachbarstädte, ist Mülheim damit ganz gut gefahren. Nicht zufällig ist Mülheim eine der wenigen Städte im Ruhrgebiet, in die mehr Menschen ziehen als abwandern. Bei einem Großstädtetest der renommierten Zeitung „Wirtschafts- woche“ liegt Mülheim unter den 50 größten Kommunen Deutsch- lands auf Platz 16 – weit vor allen unseren Nachbarn im Revier.

Das alles haben wir Mülheimerinnen und Mülheimer im Wesent- lichen ohne Hilfe von außen, haben wir aus eigener Kraft geschafft. Eben weil es uns besser ging als den anderen, flossen die Förder- mittel an Mülheim vorbei, in die Städte, die mit größeren wirtschaf- tlichen Problemen und sozialen Verwerfungen zu kämpfen hatten. Wir haben aus dieser Not eine Tugend gemacht und uns selbst gehol- fen. Das verschafft uns jetzt einen Vorsprung, da die Fördermittel auch für die anderen Ruhrgebietsstädte spärlicher oder gar nicht mehr fließen werden. Wir haben in Mülheim nicht gejamert, son- dern uns auf unsere eigenen Stärken besonnen. Denn das ist eine Stärke der Stadt: ihre Selbstständigkeit. Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, Anpacken und Zupacken haben Tradition in Mül- heim.

Selbstständigkeit und Eigenver- antwortung, Anpacken und Zupacken haben Tradition in Mülheim.

Die Zukunft gestalten Initiativen für morgen

Mülheim – Die Gründerstadt

Mülheim ist die Gründerstadt. Mülheim ist schon immer eine Stadt der Unternehmensgründer und der innovativen Unternehmerpersönlichkeiten gewesen. Bis heute ist Mülheim die Nummer 1 bei den Existenzgründungen im Ruhrgebiet. Existenzgründungen tragen zum wirtschaftlichen Wandel und zur wirtschaftlichen Dynamik wesentlich bei.

Wir werden durch die Schaffung eines Gründerzentrums einen zusätzlichen Impuls geben. Trotz der vergleichsweise guten Ergebnisse werden wir noch stärker an der Gründermentalität der Stadt arbeiten müssen. Sich selbstständig zu machen muss schon für die Schüler und Schülerinnen eine selbstverständliche Alternative zu einem Berufsweg als Arbeitnehmer/-in sein.

Mülheim – Die Bildungsstadt

Richtig ist: Der Energieträger der Zukunft ruht nicht in der Erde, sondern als Bildung und Wissen in den Köpfen der Menschen. Bildung und Wissen sind Rohstoffe für ein selbstbestimmtes Leben, Fundament für den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Bildungspolitik ist für uns Politik zum Abbau sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, ist also zentraler Aspekt einer modernen Sozialpolitik. Sie zielt ab auf die Herstellung gleicher Lebenschancen und schafft damit die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Wer Eigenverantwortung als Kind nicht gelernt hat, wird sie auch als Erwachsener nicht übernehmen (können). Was wir wollen, wissen wir: starke junge Menschen, ihrer selbst sicher, ausgestattet mit Zutrauen in ihre Möglichkeiten und Mut zu Neuem, mit Sinn für Eigenverantwortung und Solidarität. Sie sollen gerne lernen und Lust am Entdecken haben - für ein ganzes Leben.

Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Bildungspolitik ist Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik für morgen.

Mülheim – Die soziale Stadt

In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik setzen wir auf aktivierende Ansätze. Bei denen, die in Not geraten, fördern wir eine selbstständige und eigenverantwortliche Lebensführung und fordern sie von ihnen.



Mülheim ist die Gründerstadt.

Bildungspolitik ist Sozialpolitik.
Bildungspolitik ist Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik für morgen.

O2

Wir setzen auf Eigeninitiative und Selbsthilfe. Doch wir lassen keinen am Wegesrand zurück.

Aus überschaubaren Gemeinschaften wachsen Gemeinsinn und Verantwortung.

Wir setzen auf Eigeninitiative und Selbsthilfe. Doch wir lassen keinen am Wegesrand zurück. Für uns ist klar: Wer Hilfe braucht, bekommt sie auch.

Mülheim – Die Bürgerstadt

Das soziale Leben in der Stadt schöpft seine Kraft aus einem starken bürgerschaftlichen Engagement. Dies zeigt sich in Bürgerinitiativen, Nachbarschaftshilfen, Selbsthilfegruppen, Vereinen, Verbänden, Kirchen, Initiativen, freien Trägern, Stiftungen, dem Gemeinwohl besonders verpflichteten Persönlichkeiten und Unternehmen, in vielfältigen Formen des freiwilligen Engagements im Sozial-, Kultur-, Umwelt-, Bildungs-, Sport- und Freizeitbereich und in einer ausgeprägten finanziellen Förderung im Rahmen von Sponsoring, Stiftungen und Fördervereinen.

Das ausgeprägte Miteinander in der Stadt schafft soziale Bindungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mülheim – Bürger stehen auf eigenen Füßen

Es ist ein Vorurteil, dass alle Bürgerinnen und Bürger nur darauf warten, vom „Vater Staat“ versorgt zu werden.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Bürgerinnen und Bürger längst ein Leben jenseits von staatlicher Totalfürsorge führen – und auch führen wollen. Wir werden dieses Engagement für das Gemeinwohl in seinen unterschiedlichen Formen konsequent unterstützen und fördern, statt gesellschaftliche Probleme ausschließlich an Staat oder Markt zu verweisen. Sie sollen vielmehr dort angegangen werden, wo sie entstehen - im Stadtviertel, in der Nachbarschaft, in der Schule, im Kindergarten, im Altersheim. Aus überschaubaren Gemeinschaften wachsen Gemeinsinn und Verantwortung.

Mülheim bietet dafür wegen seiner Überschaubarkeit, der vergleichsweise intakten, gewachsenen sozialen Strukturen, als Stadt, in der man sich kennt, nahezu ideale Voraussetzungen. Mülheims Stärken zeigen sich auch hier: Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, Selbsthilfe und Eigeninitiative, Solidarität und Gemeinsinn. In Mülheim ist die aktive Bürgergesellschaft, über die überall im Lande jetzt viel diskutiert wird, längst Wirklichkeit.

Gemeinsam für Mülheim

Klar ist, dass wir Gemeinsinn nur dann erzeugen, wenn über die wichtigen Fragen der Stadtpolitik öffentlich und kontrovers diskutiert wird, wenn die Politik zur Mitsprache ermuntert.



Gehört nicht zur Demokratie, dass alle mitmachen, mitdenken? Ist es nicht ein Denkfehler und ein Widerspruch, Politik in einer Demokratie als eine Art Schauspiel zu begreifen, wo man am Ende den Daumen hebt oder senkt und sich ansonsten raushält?

Wir setzen auf die breite Beteiligung der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger an einer sachorientierten Politik zum Wohle unserer Stadt. Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Das ist unser Projekt „Gemeinsam für Mülheim“.

Wir setzen auf die breite Beteiligung der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger an einer sachorientierten Politik zum Wohle unserer Stadt.

Die Stadt von morgen – Die soziale Stadt

Alle müssen wissen: Es kommt auch auf mich an. Die „soziale Stadt“ lebt von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die soziale Gestaltung unserer Stadt liegt im Interesse aller. Sie ist gleichermaßen eine Herausforderung für uns alle. Wir wollen eine solidarische Stadtgesellschaft.

Die „soziale Stadt“ lebt von ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Was heute unter dem Begriff des aktivierenden Sozialstaates diskutiert wird, zielt darauf ab das Miteinander so zu gestalten, dass Antriebe und Anreize zum möglichst eigenständigen Handeln der Menschen geschaffen werden.

Wir wollen eine solidarische Stadtgesellschaft.

Dahinter steht die Erkenntnis, dass nur dann, wenn jeder für sich das tut, was er kann, genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die zu unterstützen, die sich nicht allein helfen können.

Eigenverantwortung und Solidarität sind keine Gegensätze. Wir wollen Eigenverantwortung und Solidarität.

Wir wollen Eigenverantwortung und Solidarität.

Sozial ist, was Bildung schafft

Sozialpolitik ist ganz wesentlich Bildungspolitik.

Die größte sozialpolitische Herausforderung wurde durch die PISA-Studie offenbar: In keinem anderen Industrieland der Welt entscheidet die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler so sehr über schulische Leistungen und Erfolge wie in Deutschland.

Der Lebensweg der Menschen wird bei uns im Wesentlichen durch ihre soziale Herkunft bestimmt. Die soziale Lage der Eltern stellt die Weichen für den Bildungserfolg, für späteres Einkommen und Berufsaussichten, generell für die Lebenschancen von Kindern.

03

**Auf den Anfang kommt es an.
Über Bildungs- und Lebens-
chancen wird also bereits im
Vorschulalter entschieden.**

**Wir nehmen es nicht hin, dass
Menschen ausgegrenzt oder
dauerhaft benachteiligt wer-
den.**

Auf den Punkt gebracht: Armut ist in Deutschland erblich, mehr als in vielen anderen Industrieländern. Kinder armer Eltern kommen bisher kaum aus der Armutsfalle heraus. Wir finden uns damit nicht ab.

Auf den Anfang kommt es an. Über Bildungs- und Lebenschancen wird also bereits im Vorschulalter entschieden.

Deshalb werden wir die Möglichkeiten erweitern, bereits im Vorschulalter Benachteiligungen durch die soziale Herkunft auszugleichen. Wir müssen in das Lernvermögen der Kinder investieren. Wir benötigen dazu allgemein zugängliche, erstklassige und pädagogisch hochwertige Kindertageseinrichtungen, die einen frühen Einstieg ins Lernen ermöglichen und die Kinder im Rahmen vorschulischer Erziehung fördern. Wir stärken den Bildungsauftrag des Kindergartens.

Sozial ist, was Arbeit schafft

Arbeit ist viel mehr als Broterwerb. Arbeit bedeutet Teilhabe. Und Teilhabe ist mit Geld allein nicht zu erwerben.

Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen ausgegrenzt oder dauerhaft benachteiligt werden. In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik setzen wir deshalb auf aktivierende Ansätze, die eine selbstständige und eigenverantwortliche Lebensführung fördern und fordern. Menschen, die in Not geraten sind, sollen so schnell wie möglich wieder aus ihrer „prekären“ Lebenssituation herauskommen und auf eigenen Füßen stehen können.

Auch hier setzen wir auf Eigeninitiative und Selbsthilfe. Diejenigen, die ohne unsere Hilfe nicht auskommen, können sich uneingeschränkt auf unsere Solidarität verlassen.

Wir sagen auch: Wer Chancen gibt, kann im Gegenzug auch Kooperation und persönliches Engagement erwarten. Wir fordern die Mitwirkung und Mitbeteiligung der Betroffenen an der Bewältigung ihrer Probleme ein, stellen aber genauso sicher, dass sie dabei eine qualifizierte Unterstützung erhalten.

In der praktischen Umsetzung solcher Strategien gehören wir mit dem Styrumer Sozialagentur-Modell und den dazugehörigen anderen Einrichtungen im bundesweiten Vergleich zu den Spitzenreitern.

Wir wollen insbesondere unseren Weg der „Hilfe aus einer Hand“ und der Sozialraumorientierung fortsetzen und weiterentwickeln.

Die Arbeit in der Sozialagentur zeigt: Die oft vielschichtigen Problemlagen der betroffenen Menschen müssen durch ein zielgerichtetes Fallmanagement übergreifend bearbeitet werden. Die positiven Erfahrungen aus dem Sozialagentur-Modell müssen – angepasst den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen durch die Hartz-Gesetze – aufgegriffen und für die gesamte Stadt umgesetzt werden. Jeder Hilfe Suchende muss künftig Hilfe aus einer Hand erhalten.

Jeder Hilfe Suchende muss künftig Hilfe aus einer Hand erhalten.

Die Sozialraumorientierung muss weiterentwickelt werden zu einem systematischen Handlungsansatz für den jeweiligen Sozialraum, der die sozialen Bedingungen in genau beschriebener Weise verbessern und zu mehr Lebensqualität beitragen soll. Dabei sind mit den wichtigsten Akteuren vor Ort gemeinsam integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln, die dann – ebenfalls gemeinsam – in die Tat umgesetzt werden. Wenn das konsequent geschieht und die Zielerreichung auch überprüft wird, wird das die Qualität der „sozialen Stadt“ noch einmal gewaltig verbessern.

Das Netz sozialer Dienstleistungen, das sich auf die bewährte Zusammenarbeit von Stadt, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden stützt, hat wesentlich zum sozialen Frieden und zur Integration der Stadtgesellschaft beigetragen. Die „soziale Stadt“ ist ein Gemeinschaftswerk. Es wird nur gelingen, wenn alle Akteure Verantwortung übernehmen, kreative Lösungen (mit-)entwickeln und ihre jeweiligen Eigeninteressen hinten anstellen. Der Sozialdialog hat dabei die Aufgabe, die sozialen Beziehungen und das soziale Netz in der Stadt zu erhalten und es zugleich zukunftsfähig zu machen. Dazu können klare Zielformulierungen für unsere Programme, Maßnahmen und Projekte und die konsequente Überprüfung – möglichst die eindeutige Messung – ihres Erfolgs einen wichtigen Beitrag leisten.

Die „Soziale Stadt“ ist ein Gemeinschaftswerk.

Für Sozialdemokraten ist selbstverständlich: Aktivierende Sozialpolitik heißt auch, diejenigen in die Gesellschaft einzubinden, bei denen keine Aussicht auf Arbeitsmarktintegration besteht. Bei Menschen, die altersbedingt, wegen psychischer oder körperlicher Erkrankungen, wegen körperlicher oder geistiger Behinderungen Hilfe benötigen, geht es darum, das richtige Maß zu finden, das es ihnen ermöglicht, ein Maximum an Unabhängigkeit und Kontrolle über ihr Leben zu erreichen und zu bewahren.

04

Kinder- und Familienfreundlichkeit – Markenzeichen sozialdemokratischer Politik

Kinder- und Jugendpolitik ist Gestaltung der Zukunft und somit ein Kernstück sozialer Politik.

Familie ist da, wo Kinder sind.

Es besteht ein Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf eine gesunde Umwelt und menschenwürdige, kinderwürdige Wohnverhältnisse.

Kinder- und Jugendpolitik ist Gestaltung der Zukunft und somit ein Kernstück sozialer Politik. Kinder- und Familienfreundlichkeit ist Kinder- und Jugendpolitik ist Gestaltung der Zukunft und ist somit

Familie ist da, wo Kinder sind. Die Familie ist der Ort der Geborgenheit für Kinder und Jugendliche. Familienpolitik ist eine der Querschnittsaufgaben der Politik auf allen Ebenen. Wir werden, wie in zahlreichen Städten bereits erfolgt, ein lokales Bündnis für Familien ins Leben rufen.

Kinder- und Jugendpolitik erhöht die Entwicklungschancen einer Stadt und ist aus diesem Grunde eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Einer Daseinsvorsorge, bei der es vor allem um die positive Gestaltung der Lebenswelten und um verbesserte Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geht.

Kinder- und Jugendpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich vorrangig am unmittelbaren Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen orientiert. Eine erfolgreiche Kinder- und Jugendpolitik sollte sich folgende Prinzipien zu Eigen machen:

Es besteht ein Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf eine gesunde Umwelt und menschenwürdige, kinderwürdige Wohnverhältnisse.

Ein ausreichender Lebensstandard, Information, Bildung und Teilhabe am Gemeinwesen sind die Schlüsselaufgaben der Kinder- und Jugendpolitik.

Die berufliche Zukunft junger Menschen ist zu sichern. Mit den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik, der Arbeitsförderung und der Jugendberufshilfe unternehmen wir Anstrengungen, um die Voraussetzungen für die berufliche Zukunft junger Menschen zu schaffen.

Der Übergang von der Schule in den Beruf muss durch die Jugendberufshilfe so gestaltet werden, dass bereits frühzeitig vorbeugende Arbeit möglich ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule muss viel stärker noch als bisher verzahnt werden.

Die verbandliche und kulturelle Jugendarbeit muss junge Migrantinnen und Migranten stärker einbeziehen, um durch geeignete Angebote Jugendliche unterschiedlicher Nationen zum Zusammenleben zu befähigen.

Wir brauchen mehr Ganztagsangebote für schulpflichtige Kinder. Wir werden sie schaffen.

Bei den Betreuungsangeboten nach Schulschluss muss ein Brückenschlag zwischen den Möglichkeiten von Jugendhilfe, Schule und Kindertageseinrichtungen hergestellt werden. Ihre Angebote werden besser vernetzt.

Bestehende Einrichtungen und Angebote von Schule, Hort, Jugendhilfe, Vereinen und Verbänden müssen sich gemeinsam dem Bedarf stellen. Neue Kooperationsformen und die Überwindung der Grenzen zwischen den einzelnen Einrichtungen und ihren spezifischen Aufgabenfeldern sind dringend geboten.

Die beschriebenen Einrichtungen können sich nicht allein auf ihre spezifischen Aufgaben zurückziehen, sondern sie müssen sich öffnen, um den Lebensalltag von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen.

Es müssen modellhafte Wege erprobt werden, die die bestehenden Hilffssysteme zu einem „sozialen Frühwarnsystem“ weiterentwickeln.

Betreuung – Mehr als nur „Verwahren“

Nach wie vor ist die von vielen gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Kinderbetreuung, nicht optimal gesichert. Bei der Frage eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungssystems geht es einerseits um die Erwerbsbeteiligung von Frauen, andererseits um die Entwicklung und Sozialisation von Kindern.

Wir brauchen vermehrt Angebote für Kleinkinder unter drei Jahren, Vollzeitplätze für Drei- bis Sechsjährige und die Betreuung für Schulkinder.

Benötigt wird eine Weiterentwicklung der Betreuungsangebote, weg vom starren System Krippe, Kindergarten und Hort hin zu integrierten Angeboten. Auf die unterschiedlichen Bedürfnisse werden wir mit einem differenzierten System von Angeboten antworten. Mit der Einrichtung einer Servicestelle für Betreuungsangebote haben wir den Weg fortgesetzt, aus einer Hand umfassende Beratung zu geben und passgenaue Betreuungsangebote anzubieten.

Wir brauchen mehr Ganztagsangebote für schulpflichtige Kinder. Wir werden sie schaffen.

Benötigt wird eine Weiterentwicklung der Betreuungsangebote, weg vom starren System Krippe, Kindergarten und Hort hin zu integrierten Angeboten.

05

Wir wollen Tageseinrichtungen zu Zentren ausgestalten und Angebotsbörsen schaffen, bei denen unterschiedliche Betreuungsangebote gebündelt werden. Dazu gehört auch die Tagespflege, die im System neben den Tageseinrichtungen einen besonderen Platz einnimmt. Die einzelnen Angebote müssen zeitlich flexibler werden, vor allem mit dem Blick auf Öffnungszeiten.

Tageseinrichtungen müssen sich weiterentwickeln zu sozialen Orten, die für Kinder in ihrem Alltagsleben zu einem festen Bezugspunkt werden, wo Kinder verschiedenen Alters zusammen betreut werden.

Auf Initiative der SPD hat die Stadt das 100-Häuser-Programm aufgelegt. Das ist gut für junge Familien und gut für unsere Stadt.

Das ist gut für junge Familien und gut für unsere Stadt.

Für uns bedeutet aktive Jugendpolitik, Mülheim attraktiv für junge Menschen und junge Familien zu machen.

Tageseinrichtungen müssen sich weiter entwickeln zu sozialen Orten, die für Kinder in ihrem Alltagsleben zu einem festen Bezugspunkt werden, wo Kinder verschiedenen Alters zusammen betreut werden.

Das 100-Häuser-Programm

Mülheim ist ein attraktiver Wohnort. Doch Grundstücke sind teuer. Für junge Familien kaum bezahlbar. Man wandert ab: an den rechten oder linken Niederrhein, Richtung Süden.

Auf Initiative der SPD hat die Stadt das 100-Häuser-Programm aufgelegt. Für rund 100 junge Familien bedeutet dies: erschwingliches Wohneigentum in Mülheim. Das ist gut für junge Familien und gut für unsere Stadt.

Wir werden das Programm über das Startprojekt hinaus fortsetzen.

Mülheim – Stadt für alle Generationen

Stadt für junge Menschen

Mülheim auch als „Stadt für junge Menschen“ zu profilieren wird ein Ziel für die Zeit von 2004 bis 2009 sein. Dies insbesondere deshalb, weil Mülheim eine der ältesten Bevölkerungen im Ruhrgebiet hat.

Für uns bedeutet aktive Jugendpolitik, Mülheim attraktiv für junge Menschen und junge Familien zu machen, um Verbleib zu sichern und Zuzug zu fördern. Mülheim kann und muss demonstrieren, dass lebenswerte Urbanität im Ruhrgebiet ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunft dieser Stadt ist.

Junge Menschen sind ein präziser Seismograf für mögliche gesellschaftliche Verwerfungen. Es ist deshalb eine Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Menschen gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten und somit ihre Interessen einbringen können.

Jugendzentren sind Orte der Freizeit, aber auch des Dialogs. Wir werden die vielfältige Trägerlandschaft in Mülheim erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dazu gehört insbesondere, dass auch zielgruppenorientierte Einrichtungen ihre Berechtigung haben sollen und müssen. Es ist in Zukunft wünschenswert, ein noch breiteres inhaltliches Angebot in zielgruppenorientierten Jugendeinrichtungen zu bieten, insbesondere im Bereich der jungen Kultur- oder Musikszene.

Jugendzentren sind Orte der Freizeit aber auch des Dialogs. Wir werden die vielfältige Trägerlandschaft in Mülheim erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Wir haben im Stadthaushalt des Jahres 2004 die ausfallenden Landesmittel für die offene Jugendarbeit durch städtische Mittel ausgeglichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese zusätzlichen Mittel auch in den Folgejahren zur Verfügung stehen. Wir fordern den Landesgesetzgeber auf, durch die folgenden Landeshaushalte bedarfsgerechte Planungssicherheit für die Träger der offenen Jugendarbeit zu schaffen.

Kinder und Jugendliche leben ihre eigene Kultur. Ihren eigenständigen Zugang zu Kunst und Kultur gilt es zu entwickeln. Zur Unterstützung der eigenen kulturellen Ausdrucksfähigkeit der Jugendlichen sollen eine professionelle Beratungsagentur sowie eine Anschubfinanzierung für einzelne Projekte eingerichtet werden.

Kinder und Jugendliche leben ihre eigene Kultur.

Sport ist ein wichtiger Freizeitfaktor. Wir wollen auch den Jugendlichen, die nicht im Verein Sport treiben, Aktionsmöglichkeiten geben. Dabei denken wir an „Basketball-Nights“, an eine Beachvolleyballanlage in der MüGa sowie an Mountainbiketrails.

Sport ist ein wichtiger Freizeitfaktor. Wir wollen auch den Jugendlichen, die nicht im Verein Sport treiben, Aktionsmöglichkeiten geben.

Wir wollen Generationenbrücken bauen. Die unterschiedlichen Lebenswelten von jungen und alten Menschen müssen sich im Dialog begegnen. Das gilt für gemeinsame Bildungsveranstaltungen und auch für Modelle generationsübergreifender Wohnprojekte.

Wir wollen Generationenbrücken bauen.

Die heute Jungen sind die Führungsgeneration von morgen. Das ist jungen Menschen durchaus bewusst. Sie wollen und werden Verantwortung übernehmen. Wir fördern sie auf ihrem Weg in die Verantwortung.

Bildung entscheidet über Zukunft. Wir wollen eine Schullandschaft in Mülheim, die junge Menschen fit macht für ihr Leben, die ihnen Chancen gibt, ihrer zukünftigen Verantwortung gerecht werden zu können.

Bildung entscheidet über Zukunft. Wir wollen eine Schullandschaft in Mülheim, die junge Menschen fit macht für ihr Leben, die ihnen Chancen gibt, ihrer zukünftigen Verantwortung gerecht werden zu können.

Jugendpolitik ist für uns kein Randthema. Sie hat für uns Priorität. Deshalb haben wir die Ausfälle bei der Förderung der Jugendzentren

05

Sparen beim schwächsten Glied – den Kindern und Jugendlichen – stellt aus unserer Sicht die soziale Symmetrie und die Gerechtigkeit in Frage.

Die Kompetenz der Senioren ist eine hochwertige und unersetzliche gesellschaftliche Ressource.

Wir wollen eine aktivierende Seniorenpolitik, die der Vereinsamung und Vereinzelung im Alter entgegenwirkt.

Viele ältere Menschen haben einen Bedarf an altersspezifischen Produkten und Dienstleistungen.

aus städtischen Mitteln ausgeglichen, deshalb investieren wir weiterhin nachhaltig in die Sanierung von Schulen.

Jugendpolitik ist eines der lebendigsten Handlungsfelder der Kommunalpolitik. Es integriert Aspekte wie Erziehung, Soziales, Kultur, Schule, Freizeit und Sport. Jugendpolitik ist somit eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe und eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben schlechthin. Sparen beim schwächsten Glied – den Kindern und Jugendlichen – stellt aus unserer Sicht die soziale Symmetrie und die Gerechtigkeit in Frage.

Seniorenfreundliche Stadt

Der Anteil der älteren Menschen ist in Mülheim der höchste landesweit. Seniorenpolitik muss insofern in der kommunalen Politik eine hohe Priorität haben. Die Kompetenz der Senioren ist eine hochwertige und unersetzliche gesellschaftliche Ressource.

Es ist erforderlich, die Gleichsetzung von Alter und Hilflosigkeit zu durchbrechen: Nur 5 Prozent der über 65-Jährigen sind pflegebedürftig. Altenpolitik kann nicht auf Pflegepolitik reduziert werden. Sie muss weit mehr als Fürsorge sein.

Wir wollen eine aktivierende Seniorenpolitik, die der Vereinsamung und Vereinzelung im Alter entgegenwirkt. Sie hat den längstmöglichen Erhalt der selbstständigen Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung genauso zum Ziel wie die Teilhabe der älteren Menschen an Kultur, Bildung, Freizeit, Sport und Kontakten zwischen den Generationen bis hin zur politischen Beteiligung.

Die demografische Entwicklung eröffnet Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung: Viele ältere Menschen haben einen Bedarf an altersspezifischen Produkten und Dienstleistungen. Ein entsprechendes Angebot ist jedoch nach wie vor unterentwickelt. Neue Märkte im Tourismus, in der Freizeitwirtschaft und in der Weiterbildung, bei Wellness, in der Gesundheitswirtschaft, der Medizintechnologie und anderen Dienstleistungssegmenten, aber auch die Entwicklung von Techniken sollen für mehr Lebensqualität im Alter sorgen. Darin liegen Chancen für einen selbsttragenden Wirtschaftssektor.

Die Wohnbedürfnisse älterer Menschen sind differenziert wahrzunehmen, und es ist dabei zu beachten, dass sie die von ihnen gewünschten Formen des Wohnens verwirklichen können. Wir wollen Menschen durch wohnbegleitende Dienstleistungen und Wohnberatung die Chance zu möglichst langem selbstbestimmtem Wohnen eröffnen.

Nachbarschaftliche Netzwerke haben eine große Bedeutung bei der Unterstützung älterer Menschen im Alltag. Diese Netze werden wir stärken und unterstützen.

In einer seniorenfreundlichen Stadt hat Bildungsarbeit zum einen die Aufgabe, Wissen zu vermitteln, und zum anderen Fähigkeiten zu fördern, damit ältere Menschen den Anforderungen und Veränderungen im persönlichen Lebensbereich gewachsen sind und möglichst lange von Hilfesystemen unabhängig leben können.

Ein Angebot kommunaler Seniorenkulturarbeit richtet sich zum einen gezielt an die Gruppe der SeniorInnen, zum anderen besteht es aus Angeboten, die alle Altersgruppen ansprechen. Auf diese Weise kann der Dialog zwischen den Generationen und damit das gegenseitige Verständnis gefördert werden. Wir bauen Generationenbrücken. Somit stellt auch die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten einen immer größeren Stellenwert in der Kulturarbeit mit SeniorInnen dar.

Zu einer seniorenfreundlichen Stadt gehören Angebote der gesundheitlichen Versorgung und gesundheitsvorbeugende Maßnahmen für ältere Menschen. Von besonderer Bedeutung sind diese Angebote und Maßnahmen vor allem für ältere Menschen, die allein stehend in individuellen Wohnformen leben und somit durch Isolation oder auch Versorgungslücken einem erhöhten gesundheitlichen Risiko ausgesetzt sind.

Gleichberechtigung leben – Chancengleichheit verwirklichen

Die Gleichberechtigung von Frauen in Beruf und Gesellschaft ist Ziel unserer Politik.

Frauenpolitik bedeutet die konsequente Berücksichtigung ihrer Interessen und Ansprüche in allen Politikbereichen und kommunalen Handlungsfeldern. Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe.

Im Rahmen der Zukunftsentwicklung unserer Stadt wollen wir die Erwerbstätigkeit von Frauen sichern und erhöhen. Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass frauenrelevante Aspekte in die neuen Entwicklungskonzepte unserer Stadt Eingang finden.

Im Zuge unserer Stadtentwicklung sollen Frauen die besten Möglichkeiten finden, Wohnen und Arbeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren.



Nachbarschaftliche Netzwerke haben eine große Bedeutung bei der Unterstützung älterer Menschen im Alltag.

Wir bauen Generationenbrücken.

Die Gleichberechtigung von Frauen in Beruf und Gesellschaft.

Im Zuge unserer Stadtentwicklung sollen Frauen die besten Möglichkeiten finden, Wohnen und Arbeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren.

06

Frauen sollen die gleichen Chancen auf eine Ausbildung in zukunftsorientierten Berufen und auf dem Arbeitsmarkt haben wie Männer. Frauen brauchen verbesserte Rahmenbedingungen für eine eigenständige Existenzabsicherung. Wir unterstützen Gründerinnenprojekte und innovative Ideen von Frauen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Erwerbslosigkeit in arbeitsmarktpolitische Programme Eingang finden. Junge Frauen sollen Unterstützung bei einer zielorientierten Berufs- und Lebensplanung finden.

Frauen müssen die Chance haben, berufliche Entwicklung und Kinder miteinander zu vereinbaren.

Frauen müssen die Chance haben, berufliche Entwicklung und Kinder miteinander zu vereinbaren. Kommunal können wir dazu beitragen, indem wir geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören vor allem auch bedarfsgerechte und flexible Kinderbetreuungsangebote.

Frauen, die nach einer „Kinderpause“ wieder in den Beruf einsteigen wollen, müssen Qualifizierungsangebote erhalten. Diese Angebote sind auf die Lebenssituationen von Frauen abzustimmen.

Wir treten aktiv dafür ein, dass alle Frauen und Mädchen ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben führen können.

Wir treten aktiv dafür ein, dass alle Frauen und Mädchen ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben führen können. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierzu, die durch das Gewaltschutzgesetz in NRW geschaffen werden konnten, sehen wir als Chance und Verpflichtung. Wir unterstützen daher alle Maßnahmen zur Prävention von häuslicher Gewalt, sei es im Rahmen von Bildung und Erziehung oder auch durch neue interdisziplinäre Formen der Zusammenarbeit. Daher ist es notwendig, sich über die Formen fachlichen und bürgerchaftlichen Eingreifens neu zu verständigen und hier Unterstützung und Aufklärung zu leisten. Das werden wir durch die weitere Enttabuisierung des Themas und öffentliche Kampagnen tun. Unser Ziel ist es, Gewalt in der Beziehung zu ächten, ihr keinen Raum zu geben, weder im Denken noch als Handlungsmöglichkeit.

Das Frauenhaus bleibt erhalten, eine qualifizierte kommunale Frauenberatungsstelle für Mülheim an der Ruhr ist einzurichten.

Für Opfer von häuslicher Gewalt wollen wir an erster Stelle die persönliche Sicherheit gewährleisten und zweitens die fachliche Beratung ausbauen. Das Frauenhaus bleibt erhalten, eine qualifizierte kommunale Frauenberatungsstelle für Mülheim an der Ruhr ist einzurichten.

Gleichstellung leben – Chancengleichheit für Behinderte verwirklichen



Seit 1998 wurde ein grundlegender Wechsel in der Behindertenpolitik erreicht: Behinderte Menschen sind nicht mehr Objekt staatlichen Handelns, sondern nehmen als Experten in eigener Sache selbstbewusst ihre Rechte wahr. Das ist auch in Mülheim so.

Gleichstellung und Barrierefreiheit sind die zentralen Ziele des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen, das am 1. Mai 2002 in Kraft trat. Seitdem ist es Aufgabe der Politik und der Verwaltung, den Anspruch des Gesetzes einzulösen. Wir sind auf einem guten Weg.

Gleichstellung und Barrierefreiheit sind die zentralen Ziele.

Kernstück des Gesetzes ist die Herstellung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche. Für behinderte Menschen ist Barrierefreiheit ein zentrales Thema. Das Ziel einer allgemeinen Barrierefreiheit umfasst neben der Beseitigung räumlicher Barrieren auch die kontrastreiche Gestaltung der Lebensumwelt für sehbehinderte Menschen sowie z. B. die barrierefreie Kommunikation in Verwaltungsverfahren.

Besondere Bedeutung hat der Verkehrsbereich. Das Gesetz sieht zum Beispiel vor, in den Nahverkehrsplänen der Kreise und Städte zeitliche Vorgaben und erforderliche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit zu treffen. Vorgesehen ist bei allen Maßnahmen, behinderte Menschen zu beteiligen.

Barrierefreiheit herzustellen und damit den Auftrag des Gleichstellungsgesetzes zu erfüllen ist für uns weiterhin eine wichtige Aufgabe.



Mülheim – Bildungsstadt

Bildung und Wissen – Die Basis der sozialen Demokratie

Bildung und Wissen sind die wichtigsten Bausteine für ein selbstbestimmtes Leben. Sie sind Fundament für den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Bildung und Wissen geben Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt.

Bildung und Wissen sind die Basis für Verständigung in der Vielfalt der Kulturen und für die Fähigkeit zum Frieden.

Bildung und Wissen sind in der globalen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die entscheidenden Energieträger. Der Energieträger der Zukunft ruht nicht in der Erde, sondern als Bildung und Wissen in den Köpfen der Menschen. Bildung und Wissen sind der Rohstoff für ein selbstbestimmtes Leben und Fundament für den Zusammenhalt sowie die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Chancengleichheit und Leistungsprinzip sind zwei Seiten einer Medaille.

Unsere Grundüberzeugung hat Bestand: Wir wollen auch künftig Chancengleichheit und die bestmögliche Entfaltung der individuellen Fähigkeiten.

Unser Ziel bleibt es daher, die unterschiedlichen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Begabungen aller zu fordern und zu fördern. Jeder Mensch muss die Chance haben, den seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend höchsten Bildungsstand zu erreichen und lebensbegleitend fortzuentwickeln. Das soziale und wirtschaftliche Umfeld oder die Herkunft dürfen nicht bestimmend dafür sein, was ein Mensch erreichen kann.

Was wir wollen, wissen wir: starke junge Menschen, ihrer selbst sicher, ausgestattet mit Zutrauen in ihre Möglichkeiten und Mut zu Neuem. Sie sollen gerne lernen und Lust am Entdecken haben – für ein ganzes Leben.

Deshalb müssen wir unseren Kindern das Wichtigste mitgeben, was sie für eine gute Zukunft brauchen – eine zeitgemäße Bildung. Bildung endet nicht mit Kindheit und Jugend. Sie prägt und begleitet uns ein Leben lang – und sie muss allen offen stehen.

Bildung und Wissen sind in der globalen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die entscheidenden Energieträger.

Chancengleichheit und Leistungsprinzip

Was wir wollen, wissen wir: starke junge Menschen, ihrer selbst sicher, ausgestattet mit Zutrauen in ihre Möglichkeiten und Mut zu Neuem. Sie sollen gerne lernen und Lust am Entdecken haben – für ein ganzes Leben.

Die offene Ganztagsgrundschule ist für uns der geeignete Einstieg in die Ganztagschule für alle Schulformen. Wir unterstützen daher ihren Ausbau.

Die Offene Ganztagsgrundschule ist für uns der geeignete Einstieg in die Ganztagschule für alle Schulformen.

Das Kooperationsnetzwerk der Schulen und die Kooperation der Schulen mit außerschulischen Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport müssen im Sinne der Öffnung von Schulen enger geknüpft werden. Wir unterstützen diesen Weg.

Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Bildungspolitik hat Priorität. Bildung und Erziehung gehören zusammen

Bildungspolitik hat Priorität.

Kindergarten und Schule allein wären überfordert, wenn die Erziehungsarbeit auch des Elternhauses bei ihnen abgeladen würde. Erziehung setzt Werte voraus, die der Staat weder definieren noch durchsetzen kann, wenn dahinter kein gesellschaftlicher Konsens über Grundprinzipien steht. Deswegen brauchen wir vor Ort ein Bündnis für Erziehung und Beratungsangebote für Eltern in Erziehungsfragen. Bildung ist Grundlage für gelingende Integration.

Bildung ist Grundlage für gelingende Integration.

Eltern sind in erster Linie zuständig für die Erziehung. Ihr Engagement ist hoch und wird von uns ausdrücklich gewürdigt. Wir lassen sie mit Fragen der Erziehung nicht allein. Wir brauchen mehr als bisher enge Vernetzungen zwischen Schulen, offener Jugendarbeit und Familienbildungsstätten. Die bereits existierenden Angebote, mehr über Erziehung zu erfahren („Elternführerschein“), werden wir fördern.

„Elternführerschein“

Auf den Anfang kommt es an. Wir müssen stärker als bisher Anstrengungen auf den Vorschul- und Primarbereich konzentrieren.

Auf den Anfang kommt es an.

Es ist eine wichtige Aufgabe aktivierender Bildungspolitik, die Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund für die gesellschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen und ihre Zukunftschancen in unserem Land zu stärken.

Für Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, sollen Sprachkurse obligatorisch werden. Das Projekt DILIM (Deutsch & Interkulturelles Lernen in Mülheim) – eine Initiative der SPD – wird weiter ausgebaut.

Für Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, sollen Sprachkurse obligatorisch werden.

Wir stärken den Bildungsauftrag des Kindergartens

Der Kindergarten ist der erste Prüfstein für Chancengleichheit auf dem Bildungsweg.



Neben methodischer und pädagogischer Vielfalt brauchen wir zugleich stärkere Einigkeit und Verbindlichkeit im Ziel: durch eine gemeinsame Bildungsvereinbarung mit öffentlichen und freien Trägern sowie den Kirchen, durch die Einführung eines Qualitätsmanagements, ggf. mit einer Zertifizierung, und durch die Entwicklung dezentraler Profile und Leitlinien in den Einrichtungen. Dabei sind Schulfähigkeitsprofile als Orientierung zu beachten. Eine engere Kooperation der Kindergärten mit den Grundschulen ist anzustreben.

Berufliche Weiterbildung und Qualifizierung sind von entscheidender Bedeutung für die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit.

Berufliche Weiterbildung und Qualifizierung sind von entscheidender Bedeutung für die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit. Weiterbildung trägt wesentlich dazu bei, Menschen Chancen zu eröffnen, indem sie das Nachholen von schulischen Abschlüssen, Alphabetisierungskurse und „Deutsch für Ausländer“ anbietet.

Wir werden ein modernes Berufsbildungszentrum errichten.

Wir werden ein modernes Berufsbildungszentrum errichten. Durch die Zusammenlegung der zwei Berufskollegs können Bildungswege gebündelt und zukunftsorientierte Bildungsgänge angeboten werden. Die frei werdenden Räume an der Lehnerstraße werden für eine Schul- bzw. Stadtbibliothek genutzt.

Das städtische Weiterbildungsangebot ist zu sichern und die Entwicklung eines kommunalen Weiterbildungszentrums zu unterstützen. Die Kooperation und die Abstimmung der Angebote zwischen den nichtstädtischen Weiterbildungsträgern sind weiter auszubauen.

„Neue Schule Mülheim“

„Neue Schule Mülheim“

Die PISA-Studie hat uns nachweislich belegt: Wir haben ein Bildungssystem, das unseren Zielen zum Teil widerspricht. Wir haben zugelassen, dass uns ein geradezu katastrophaler Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischer Leistung nachgewiesen wurde. Das können wir nicht akzeptieren.

Die PISA-Studie hat uns gezeigt: Unser Schulsystem hat eine „Vier“. Wir wollen, ja wir brauchen eine „Eins“!

Die PISA-Studie hat uns gezeigt. Unser Schulsystem hat eine „Vier“. Wir wollen, ja wir brauchen eine „Eins“.

Vor PISA galt wie ein Dogma, dass nur relativ leistungsgleiche Lerngruppen erfolgreich sein können. Nach PISA wissen wir: Das ist falsch. Leistungsdifferenzierte Lerngruppen sind erfolgreicher.

Vor PISA galt: Das in Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliederte Schulsystem schien das Optimum.

Nach PISA wissen wir: Auch das ist falsch. Es sind die Länder erfolgreich, die ein ungegliedertes System haben.



Das gegliederte System grenzt aus, teilt ein, ja es selektiert. Und das bereits beim Übergang von Klasse 4 zur Stufe 5. Zu diesem frühen Zeitpunkt wird über Lebenschancen entschieden, werden Biografien geprägt, schlummernde Talente für immer verkannt. Diese Sortierung nach sozialer Herkunft ist für uns nicht akzeptabel. Wir wissen heute: Begabung ist nichts Statisches, kognitive Leistungsfähigkeit entwickelt sich und wächst mit den Anforderungen.

Wir wollen eine Neue Schule für alle. Sie wird eine Schule sein, die nicht ausgrenzt, in der es kein Sitzenbleiben mehr gibt, in der Lernen Freude macht, Unterschiede produktiv sind, Schüler mit individuellen Lehrplänen entdeckend lernen.

Wir wollen keine leistungsferne „Schmuseschule“. Wir wollen eine Schule, die Schülerinnen und Schüler fit macht für das Arbeitsleben. Erkennbar leistet dies das bisherige System nicht.

Einheitsschule ist das, was wir heute haben. Wir wollen eine neue Schule der Vielfalt, in der die Schüler im Mittelpunkt stehen. Wir wollen die Lernwerkstatt Neue Schule.

Wir wollen eine Neue Schule für alle. Sie wird eine Schule sein, die nicht ausgrenzt, in der es kein Sitzen bleiben mehr gibt, in der Lernen Freude macht, Unterschiede produktiv sind, Schüler mit individuellen Lehrplänen entdeckend lernen.

Wir wollen die Lernwerkstatt Neue Schule.

Mülheim – Die Kulturstadt

Kultur ist die Grundlage unserer städtischen Gesellschaft.

Sozialdemokratische Kulturpolitik in Mülheim an der Ruhr setzt sich dafür ein, dass Künstlerinnen und Künstler, Museen, Musikschule, Bücherei, Theater und freie Kultureinrichtungen auch in Zukunft ihren entscheidenden Beitrag zur Positionierung und Profilierung unserer Stadt als zukunftsorientierte Kultur- und Dienstleistungstadt, als Theaterstadt Mülheim an der Ruhr leisten können. Theaterstadt deshalb, weil die einzigartige Vielfalt der Theaterkunst in Mülheim unsere Stadt unverwechselbar auszeichnet.

Gerade in Zeiten allgemeiner öffentlicher Finanznöte ist es Pflichtaufgabe der Politik, durch die Schaffung verlässlicher finanzieller Grundlagen Kultur zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die kulturelle Vielfalt in unserem Gemeinwesen zu sichern.

Dabei gilt der Grundsatz, möglichst vielen Mülheimer Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der qualifizierten Auseinandersetzung mit allen Formen künstlerischen Ausdrucks, besonders mit jenen der zeitgenössischen Kunst, zu geben und Hilfestellungen hierbei zu leisten. Daher ist für uns die Kunst- und Kulturvermittlung integraler Bestandteil der Kultur in Mülheim an der Ruhr.

Gerade in Zeiten allgemeiner öffentlicher Finanznöte ist es Pflichtaufgabe der Politik, durch die Schaffung verlässlicher finanzieller Grundlagen Kultur zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die kulturelle Vielfalt in unserem Gemeinwesen zu sichern.



Kulturbewusstsein muss bei Kindern und Jugendlichen verankert werden.

Daher nimmt für uns das Mülheimer Medienhaus eine Schlüsselrolle als kulturelles Informations- und Bildungszentrum ein.

Der Kulturbund soll fördern und bündeln.

Auf den Anfang kommt es an. Kulturbewusstsein muss bei Kindern und Jugendlichen verankert werden. Ähnlich wie die bereits bestehende Koordinierungsstelle Schule und Wirtschaft brauchen wir eine Vernetzungsstelle Schule und Kultur. Der Zugang zur Kultur für Kinder und Jugendliche darf nicht „verschult“ werden. Wir wollen eine produktive und kreativitätfördernde Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit Kunst und Kultur.

Wir regen eine „Jugendkunstschule“ an. Sie soll jungen Menschen den Zugang zur Kultur öffnen. Wir denken dabei nicht an ein Gebäude, sondern an eine transparente Vernetzung von Angeboten.

Medienhaus am Viktoriaplatz

Wir erachten den ungehinderten Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den neuen Medien für unerlässlich, um eine „Zwei-Klassen“-Informationsgesellschaft in unserer Stadt zu verhindern. Daher nimmt für uns das Mülheimer Medienhaus – hervorgegangen aus der weiterentwickelten Stadtbücherei – am neuen Standort Viktoriaplatz eine Schlüsselrolle als kulturelles Informations- und Bildungszentrum ein. Zusammen mit dem Kunstmuseum in der Alten Post wird hier das kulturelle Herz und der Motor der wieder belebten Innenstadt sein. Kunst ist ein Medium. Im neuen Medienhaus wird Kunst in allen Erscheinungsformen ihren Platz haben.

Mülheimer „Kulturbund“

Die Mülheimer Kulturinitiativen, Theatergruppen, Chöre und die Projekte der Soziokultur, aber auch die Träger- und Fördervereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der kulturellen Vielfalt in unserer Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass ein zu gründender „Kulturbund“ – verstanden als zentraler Knoten im Kulturnetzwerk – diese ehrenamtliche Arbeit verdeutlicht und bündelt und zugleich als Lobbyist für die Belange der Stadtkultur wirken soll. Kultur lebt von Spontaneität. Der Kulturbund soll fördern und bündeln. Wir wollen keine starre Institutionalisierung, sondern die Dynamik der Vielfalt sichern.

Haus der Stadtgeschichte

Bis zum 200. Stadtjubiläum im Jahr 2008 wollen wir das Stadtarchiv in ein „Haus der Stadtgeschichte“ weiterentwickeln.

Jugendkultur

Kinder und Jugendliche leben ihre eigene Kultur. Ihren eigenständigen Zugang zu Kunst und Kultur gilt es zu entwickeln. Zur Unterstützung der eigenen kulturellen Ausdrucksfähigkeit der Jugendlichen sollen eine professionelle Beratungsagentur sowie eine Anschubfinanzierung für einzelne Projekte eingerichtet werden.

Haus der Kultur

Wir werden den Eigenbetrieb Kultur weiterentwickeln in ein „Haus der Kultur“.

Als Holding oder als Anstalt des öffentlichen Rechts für die optimierten Kulturinstitute (Haus der Stadtgeschichte, Festival GmbH – Zusammenschluss von K. i. R. e. V. und Theaterabteilung des Kulturbetriebes – Kunstmuseum, Musikschule, Medienhaus, Volkshochschule) fungiert es als Dach und organisatorische Klammer. Die Geschäftsführung des „Kulturbund“ ist ebenfalls im „Haus der Kultur“ angesiedelt.

Die erfolgreiche Arbeit des Theaters an der Ruhr wird auch in Zukunft von grundlegender Bedeutung für die Theaterstadt Mülheim sein. Das Theater an der Ruhr ist ein Markenzeichen unserer Stadt. Mülheim ist Theaterstadt. Doch diese durchaus prägende Facette des Stadtimages wird nicht allgemein wahrgenommen. Mülheim als Theaterstadt muss deutlich mehr als bisher Bestandteil des Stadtmarketings werden.

Mülheim – „Offene Stadt“ Migration und Integration

Wir sind der festen Überzeugung: Kulturelle Vielfalt ist Chance. Kulturelle Vielfalt ist Reichtum und Bereicherung.

Integration ist immer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur als Dialog auf gleicher Augenhöhe gemeinsam mit Zuwanderern und deutscher Bevölkerung erfolgreich gemeistert werden. Politisch ist Integration eine Querschnittsaufgabe. Ressortübergreifendes Denken und Handeln sind notwendig.

„Mülheim – Offene Stadt“ bedeutet Dialog der Kulturen. Dialog schließt Integration als Assimilation aus. Ebenso aber auch kulturell oder religiös begründete Fundamentalismen. Integration ist Miteinander, nicht Nebeneinander.

Dialog der Kulturen findet statt auf dem sicheren Fundament demokratischer Grundwerte, die in unserer Verfassung fixiert sind. Insofern ist der Dialog nicht voraussetzungsfrei. Verfassungsrechte und Rechtsstaatlichkeit sind nicht verhandelbare Prinzipien. Wer sie nicht akzeptiert, bricht den Dialog ab.

Wir wollen die gerechte Teilhabegesellschaft. Wir wollen Integration durch Partizipation.



10

Wir werden den Eigenbetrieb Kultur weiter entwickeln in ein „Haus der Kultur“.

Das Theater an der Ruhr ist ein Markenzeichen unserer Stadt.

Kulturelle Vielfalt ist Chance. Kulturelle Vielfalt ist Reichtum und Bereicherung.

„Mülheim – Offene Stadt“ bedeutet Dialog der Kulturen.

Wir wollen die gerechte Teilhabegesellschaft. Wir wollen Integration durch Partizipation.

11

Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist der Schlüssel für Teilhabe.

Wir begrüßen, dass die Stadt dem Vorschlag der SPD gefolgt ist, den Ausländerbeirat zum Integrationsrat aufzuwerten.

Die Bürger wollen Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten. Das fordert ein anderes Denken. Das erfordert eine andere Politik. Politiker müssen Macht teilen.

Sprachkompetenz fördern und fordern

Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist der Schlüssel für gesellschaftliche und berufliche Teilhabe und für selbstständiges Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens. Sprachenlernen ist immer auch ein kulturelles, geschichtliches, alltagspraktisches und rechtsstaatliches Lernen.

Das vorliegende Konzept „Deutsch & Interkulturelles Lernen in Mülheim“ (DILIM) ist in diesem Kontext ein wichtiger und richtungsweisender Schritt.

Politische Partizipation – Die Großstadtluft zum Atmen

Nach den Grundsätzen der Demokratie gehören zur gesellschaftlichen Integration auch politische Mitwirkungsrechte. Die Teilhabe von MigrantInnen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ist von zentraler Bedeutung für den Integrationsprozess. Wir begrüßen, dass die Stadt dem Vorschlag der SPD gefolgt ist, den Ausländerbeirat zum Integrationsrat aufzuwerten.

Teilhabe als wechselseitiger Integrationsprozess lässt sich dauerhaft nur dann verankern, wenn Mitwirkungschancen auf allen Ebenen gegeben sind. Wir setzen uns dafür ein, dass den Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern bei einem nachgewiesenen Aufenthalt von fünf Jahren am Ort und erfüllten aufenthaltsrechtlichen Bedingungen das kommunale Wahlrecht eingeräumt wird. Wir fordern den Landesgesetzgeber auf, entsprechende legislative Initiativen auf Bundesebene zu entfalten.

Mülheim – Die Bürgerstadt

Die Bürger wollen Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten. Das fordert ein anderes Denken. Das erfordert eine andere Politik. Politiker müssen Macht teilen.

Das fällt Politikern wie Verwaltung schwer. Doch eben das bildet die Politik der Sozialdemokratischen Partei von heute und morgen.

Wir stellen uns den Herausforderungen durch gesellschaftlichen Wandel und lassen uns von der Idee leiten, dass kommunale Selbstverwaltung von den Mitgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger/innen lebt.

Die Stadt hat nur eine Zukunft, wenn sich ihre Bewohner mit ihr identifizieren, sich in ihr wohl fühlen, sich für sie engagieren.

Kommunalpolitik muss ihr Verhältnis zu den lokalen Akteuren (Bevölkerungsgruppen, Unternehmen, Vereine, Verbände, Institutionen) neu bestimmen und ordnen. Ihr fällt die Aufgabe zu, die Aktivitäten zu bündeln und zu optimieren.

Sie muss bürgerschaftliches Engagement in das lokale Politikgeschehen einbinden und ein Geflecht zwischen den Beteiligten knüpfen, damit alle zum Wohlergehen beitragen. Es gilt: Überzeugen geht vor Direktive, Partnerschaft vor Hierarchie, Flexibilität vor starrer Ordnung.

Städtische Dienstleistungen müssen aus der Anonymität der „Strom kommt aus der Steckdose“-Wahrnehmung befreit werden, um den konkreten Nutzen städtischen Engagements zu verdeutlichen.

Die Vertretung der Stadtpolitik gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber Verbänden, Ländern, Bund und Europa muss mehr als bisher kommuniziert werden. Dabei muss der Anspruch deutlich werden, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stehen und nicht die der Akteure in Stadtpolitik und Verwaltung.

Die Sozialdemokratische Partei begrüßt daher die Einrichtung der Stadtkanzlei sowie der Bürgeragentur, sie begleitet und fördert sie.

Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung dürfen nicht zum Spielball politischer Interessen werden, vielmehr bedeutet Bürgerorientierung für die Politik, zuhören zu können – eine wichtige institutionelle und individuelle Voraussetzung für Politik und Verwaltung. Nur in diesem Sinne kann ein kommunales Ideenmanagement entwickelt werden.

Schon im Vorfeld von Planungen ist die transparente, intensive und professionelle Information der Bürgerschaft zu sichern, um Anregungen aus der Bevölkerung aufzugreifen. Dazu reichen die jetzigen Planungsbeteiligungen, die Petitionsghremien oder das übliche Beschwerdemanagement nicht aus. Wir wollen und werden Menschen vor Ort in ihren Ideen ernst nehmen, diese zeitnah über örtliche Entwicklungen informieren, sie an Planungen und Entscheidungen authentisch beteiligen und zur Mitwirkung bei der Umsetzung gemeinsam gefasster Pläne ermutigen und qualifizieren.

Wir unterstützen Bürgerbegehren als wichtige Entscheidungsformen und als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Sie dürfen jedoch nicht zu einer einseitigen Quelle der Macht artikulationsstarker Gruppen missbraucht werden. Ziel ist es, die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommune zu stärken.

Es gilt: Überzeugen geht vor Direktive, Partnerschaft vor Hierarchie, Flexibilität vor starrer Ordnung.

Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung dürfen nicht zum Spielball politischer Interessen werden.

Wir wollen und werden Menschen vor Ort in ihren Ideen ernst nehmen.

Wir unterstützen Bürgerbegehren als wichtige Entscheidungsformen und als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie.

11

Demokratisches Gemeinwesen muss aber über die Bereiche von Politik und Verwaltung hinausgehen und bürgerschaftliche Netzwerke in eigener Verantwortung und Kreativität haben.

Mit dem Centrum für bürgerschaftliches Engagement (CBE) und der Bürgerstiftung Mülheim an der Ruhr verfügt unsere Stadt über zwei sehr geeignete Keimzellen.

Schon 1999 haben wir eine Institution gefordert, die das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördert und koordiniert. Mit dem Centrum für bürgerschaftliches Engagement gibt es diese Institution inzwischen – und sie arbeitet sehr erfolgreich. Es gilt nun, die Arbeit weiterzuentwickeln. Wir wollen z. B. zielgerichtet auch das Engagement von Unternehmen für die Stadt einwerben. Und wir wollen den Ehrenamtlichen signalisieren, wie viel uns ihr Engagement wert ist, indem wir z. B. einen Ehrenamtspass schaffen wollen für diejenigen, die sich in einem bestimmten Umfang bürgerschaftlich für die Gesellschaft engagieren. Durch den Pass erhalten Menschen, die sich in einem bestimmten Maße bürgerschaftlich einsetzen, Ermäßigungen bei Angeboten der Stadt und im zweiten Schritt auch Vergünstigungen durch Wirtschaftsunternehmen.

Die Einrichtung der Bürgerstiftung Mülheim an der Ruhr ist ein wichtiger Schritt.

Die Einrichtung der Bürgerstiftung Mülheim an der Ruhr ist ein wichtiger Schritt. Bürgerstiftungen sind auf die Unterstützung von außen angewiesen, und die Kommune sollte sich entscheiden, die Rolle des Starthelfers – z. B. die Übernahme der Kosten für eine kleine Geschäftsstelle in den ersten Jahren – zu übernehmen.

Dabei muss eins klar sein: Die Kommune darf das Angebot einer finanziellen Unterstützung in der Gründungsphase nicht mit dem Wunsch nach Einfluss und Machtausübung verbinden. Bürgerstiftungen haben nur dann eine Chance, ihr Konzept zu realisieren, wenn sie strikt überparteilich agieren und wenn sie vor allem nicht von außen mitregiert werden. Daher wollen wir ein Klima schaffen, in dem sich Mülheimerinnen und Mülheimer in der Bürgerstiftung engagieren, sei es mit Kapital, mit Spenden oder persönlicher Mitarbeit in Projekten.

Mülheim – Die Gesundheitsstadt

Die medizinische Versorgung in Mülheim ist überdurchschnittlich gut. Dazu tragen nicht zuletzt die beiden Krankenhäuser bei, die in einigen Fachrichtungen für ihre Leistungen weit über Mülheims Grenzen hinaus bekannt sind. Zudem garantiert Mülheim eine hervorragende Notfallversorgung.

In Mülheim sind zahlreiche Initiativen und Selbsthilfegruppen präventiv, begleitend und nachbetreuend ehrenamtlich tätig. Dieses Engagement werden wir nachhaltig unterstützen. Eine Bürgerinformationsstelle über das weite Spektrum der Selbsthilfegruppen sollte eingegliedert in den Aufgabenbereich des Centrums für bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden.

Wir alle haben eine Mitverantwortung für unsere Gesundheit. Viele der so genannten „großen Volkskrankheiten“, wie z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Erkrankungen des Bewegungsapparates, sind wesentlich mit verursacht durch eine ungesunde Lebensweise. Wir wollen auf eine gesundheitsbewusste Lebensführung hinwirken.

Der demografische Wandel vollzieht sich in Mülheim besonders rasch. Die Gruppe der Älteren wird immer größer. Mit zunehmendem Alter und höherer Lebenserwartung steigt naturgemäß der Bedarf an speziellen Versorgungsangeboten.

Ziele kommunaler Gesundheitspolitik sind daher, die daraus resultierenden Aufgabenstellungen frühzeitig zu erkennen und geeignete Lösungen zu entwickeln. So ist z. B. der Bedarf an Pflegeplätzen in besonders geschütztem Umfeld noch nicht gedeckt.

Auf dem Gebiet der Schmerztherapie und der Sterbebegleitung wächst die Nachfrage. Der Einsatz in der ambulanten Sterbebegleitung reicht allein nicht aus. Deshalb setzen wir uns für die Gründung eines stationären Hospizes in Mülheim ein.

Gesundheitspolitik darf nicht verengt unter dem Kostengesichtspunkt bewertet werden. Der Gesundheitssektor ist ein dynamischer Wachstumsmarkt und eröffnet ökonomische und arbeitsmarktpolitische Chancen.

Gesundheitspolitik muss präventiv ausgerichtet sein. Gesundheit ist das höchste Gut. Grundlagen der Gesundheit sind gesunde Ernährung, Sport und Bewegung. Auch hier gilt: Auf den Anfang kommt es an. Gesundheitsbewusstsein muss Kindern und Jugendlichen als wesentliche Basis vermittelt werden.

12

Die medizinische Versorgung in Mülheim ist überdurchschnittlich gut.

In Mülheim sind zahlreiche Initiativen und Selbsthilfegruppen präventiv, begleitend und nachbetreuend ehrenamtlich tätig. Dieses Engagement werden wir nachhaltig unterstützen.

Der Gesundheitssektor ist ein dynamischer Wachstumsmarkt und eröffnet ökonomische und arbeitsmarktpolitische Chancen.

13

Mülheim – Die Sportstadt

40.000 Menschen unserer Stadt sind Mitglieder in Sportvereinen. Sport gilt als die „schönste Nebensache der Welt“. Doch Sport ist mehr.

Sport ist unverzichtbar für die bewegungs- und körperorientierte ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit, vor allem für junge Menschen.

Sport ist unverzichtbar für die bewegungs- und körperorientierte ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit, vor allem für junge Menschen.

Insbesondere für Kinder und Jugendliche – in Ergänzung zu Familie und Schule – sind Sportvereine ein wesentliches Element zum Erlernen sozialer Kompetenz. Fairness erlernt man im Sport.

Deshalb ist eine nachhaltige kommunale Sportentwicklung ein integraler Bestandteil zukunftsorientierter Stadtentwicklung.

Wir betrachten den Sport in Mülheim an der Ruhr als Pflichtaufgabe, auch vor dem Hintergrund, dass die Pflege und Förderung des Sports in Nordrhein-Westfalen als Staatsziel in der Verfassung verankert ist.

Wir betrachten den Sport in Mülheim an der Ruhr als Pflichtaufgabe, auch vor dem Hintergrund, dass die Pflege und Förderung des Sports in Nordrhein-Westfalen als Staatsziel in der Verfassung verankert sind.

Wir werden Mülheim an der Ruhr im Rahmen des Mülheimer Sportdialogs zu einer sport- und bewegungsfreundlichen Stadt am Fluss weiterentwickeln, zu einem lebenswerten Ort, der den Bürgerinnen und Bürgern aller Altersstufen in unterschiedlichen Lebensbereichen Gelegenheit für körperliche Aktivitäten sowohl in Sportvereinen als auch vereinsungebunden bietet.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Dachverband aller Sportvereine, dem Mülheimer Sportbund e. V. und der öffentlichen Sportverwaltung, dem Mülheimer SportService (MSS) ist mit dem Ziel eines verbesserten Dienstleistungsangebotes sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Sportvereine zu optimieren. Es soll unter anderem ein modernes Informations-Center für alle Bürgerinnen und Bürger entstehen. Den Sportvereinen sollen gezielt Hilfen im Bereich Vereinsmanagement angeboten werden. Zur bürokratischen Entlastung, Sicherung der Mülheimer Angebotspalette und gemeinsamen Interessenvertretung werden örtliche Kooperationsstrukturen zwischen den Vereinen unterstützt.

Die kommunale Sportförderung wird in einem „Pakt für den Sport“ verbindlich und dauerhaft gesichert.

Die kommunale Sportförderung wird in einem „Pakt für den Sport“ verbindlich und dauerhaft gesichert. Die Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Sozialisation von Kindern und Jugendlichen sowie bei der Integration junger Migrantinnen und Migranten. Dies

geschieht mit großem ehrenamtlichem Engagement. Das werden wir fördern und erhalten. Wir werden keine Nutzungsgebühren für Hallen und Plätze erheben.

Die Mülheimer Sportstätten werden zeitgemäß und bedarfsgerecht optimiert. Hier sind die aus den verschiedenen Umfragen im Rahmen der Sportentwicklungsplanung bekannten Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen. Ein bedeutsamer Schritt ist mit dem Bau der beiden multifunktionalen Sporthallen an den Sportstätten und der Mintarder Straße gemacht worden.

Die Mülheimer Sportstätten werden zeitgemäß und bedarfsgerecht optimiert.

Diesen Schritten werden weitere folgen. Die Einführung der Sportpauschale durch die nordrhein-westfälische Landesregierung legt die Entscheidungen über weitere Vorhaben in die Hände der Stadt. Wir gehen in Zukunft sach- und zielgerichtet an die Sanierung der Sportplätze. Die Prioritätenliste wird im Dialog Sport mit den Akteuren abgestimmt. Auch die seit langer Zeit geforderte Kunststofflaufbahn darf, bei allen Schwierigkeiten ihrer Finanzierung, nicht als Ziel aufgegeben werden.

Sportvereine brauchen Unterstützung auch im verwaltungstechnischen Bereich. Wir wollen eine zentrale Servicestelle Sport, bei der Vereine bei Fragen der Buchführung und Finanzierung, Organisation von Veranstaltungen und auch bei der Verpflichtung von Übungsleitern Hilfe aus einer Hand abrufen können.

Wir wollen eine zentrale Servicestelle Sport.

Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird insbesondere durch den Schulsport gefördert. Bewegung, Spiel und Sport motivieren Kinder und Jugendliche zu einem aktiven Leben. Der Schulsport in Mülheim an der Ruhr wird in enger Kooperation mit den Sportvereinen mit dem Ziel weiterentwickelt, im Rahmen der Ganztagsbetreuung möglichst allen Schülerinnen und Schülern täglich ein Bewegungs-, Spiel- und Sportangebot anzubieten.

Der Aufbau eines Verbundsystems „Schule und Leistungssport“ in Mülheim an der Ruhr, das talentierten Nachwuchssportlern die Möglichkeit bieten wird, schulische und sportliche Topleistungen miteinander in Einklang zu bringen, wird unterstützt.

Leistungssport bedarf in Zukunft verstärkter öffentlicher Aufmerksamkeit. Es ist die Tendenz zu beobachten, dass die Motivation, Leistungssport zu betreiben, weiter sinkt. Die Motivation zu stärken, Leistungssportlern auch auf den unteren Ebenen Anerkennung zukommen zu lassen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns stellen.

14

Regelmäßige Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote sollten bereits im Kindergarten zur Verbesserung der Motorik und Bewegungsfreude einsetzen. Hierzu sind mit Hilfe der Jugend-, Gesundheits- und Sportverwaltung sowie des Mülheimer Sportbundes Qualifizierungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher anzubieten.

Sponsoring ist aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Es gründet auf dem Prinzip Leistung und (sportliche) Gegenleistung. Durch Bündelung der wirtschaftlichen Kräfte und Zusammenführung der inhaltlichen Interessen zwischen den Partnern gilt es, neue Wege zur Förderung des Sports zu beschreiten.

Wir haben dafür gesorgt, dass das Freibad in Styrum erhalten bleibt. Der Stadtteil, ja die Gesamtstadt, braucht das Freizeitbad an dieser Stelle. Wie auch immer es am Ende aussehen wird: Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger will ein funktionales und kostengünstiges Bad. Dafür treten wir ein.

Mülheim – Stadt der Mobilität

Unser Ziel ist, Mülheim als „kinder- und familienfreundliche Stadt“ weiterzuentwickeln. Verkehr hat dienende Funktionen, und es gilt, sich diesem Ziel unterzuordnen.

Verkehrsführung

Besonders Besucher haben es schwer, sich in Mülheim zurechtzufinden. Aber nicht nur für Ortsfremde sind manche Verkehrsführungen und Beschilderungen nur schwer nachvollziehbar. Es sind einfache, übersichtliche und nachvollziehbare Lösungen anzustreben. Ohne große Umwege sollen Ziele möglichst direkt erreichbar sein. Das gilt insbesondere für die Innenstadt.

Die Erhaltung der Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ist ein wichtiges Ziel und eine ständige Herausforderung kommunaler Verkehrspolitik.

Im Rahmen des Zukunftsprojektes Ruhrbania wird ein funktionierendes und praktikables Verkehrskonzept erarbeitet. Ohne große Umwege sollen Ziele direkt erreichbar sein.

Die Erhaltung der Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ist ein wichtiges Ziel und eine ständige Herausforderung kommunaler Verkehrspolitik.

Im Rahmen des Zukunftsprojektes Ruhrbania wird ein funktionierendes und praktikables Verkehrskonzept erarbeitet. Hierzu gehören der Cityring sowie, im Rahmen des Möglichen, die Herausnahme der Einbahnstraßenverkehre im Innenstadtbereich. Es sind einfache und übersichtliche Lösungen anzustreben. Ohne große Umwege sollen Ziele direkt erreichbar sein.

Die Linksabbiegemöglichkeit von der Friedrich-Ebert-Straße auf die Leinweberstraße Richtung Schlossbrücke wird realisiert.

Parkplätze sind in der Innenstadt und in den Außenbereichen in ausreichender Anzahl vorhanden. Um Parksuchverkehre weitgehend zu reduzieren, setzen wir uns für ein elektronisches Parkleitsystem in der Innenstadt und ein attraktives Park-and-ride-System in den Außenbereichen ein.

Wir streben ein rechnergesteuertes verkehrsabhängiges Ampelschaltssystem an.

Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken. Hierzu gehören unbedingt zentrale ÖPNV-Haltepunkte in der Innenstadt, und zwar an der Friedrich-Ebert-Straße und dem Hauptbahnhof.

Mit Blick auf die Finanzierbarkeit akzeptieren wir eine Ausdünnung der Taktzeiten von Bussen und Bahnen zu Schwachverkehrszeiten und eine Verdichtung der Taktzeiten zu den Hauptverkehrszeiten. Alternativ müssen verstärkt Angebote für die Kombination von Auto und öffentlichen Verkehrsmitteln (Park-and-ride, Carsharing) sowie die Einrichtung von „Taxi-Bussen“ zu den Schwachverkehrszeiten geschaffen werden.

Wir werden den motorisierten Individualverkehr aus sensiblen Bereichen in weniger sensible Bereiche verlagern. Deshalb werden wir konsequent die Ausweitung von Tempo-30-Zonen in Wohnbezirken verfolgen. Damit der Verkehr fließt, brauchen wir in Wohnbezirken eine schlüssige Verkehrsführung, insbesondere auf den Hauptverkehrsstraßen, welche grundsätzlich nicht Bestandteil von verkehrsberuhigten Zonen sein können. Die Hauptverkehrs- bzw. Vorrangstraßen müssen baulich und in verkehrstechnischer Hinsicht instand gesetzt werden. Dies auch, um unnötige Lärmemissionen zu vermeiden. Lärminderungspläne sollten zugrunde gelegt werden.

Mülheim an der Ruhr ist eine fahrradfreundliche Stadt. Mit der aktiven Entwicklung der Radstationen und einem attraktiven touristischen Angebot für RadfahrerInnen hat Mülheim auch überregional auf sich aufmerksam gemacht. Die Nutzung des Fahrrades als alltägliches Verkehrsmittel wie auch in der Freizeit passt zu unserer Stadt, und wir unterstützen die vielfältigen Aktivitäten zur weiteren Entwicklung des Radverkehrs. (Rheinische Bahn)

Hierzu ist ein wichtiger Bestandteil, geschaffene Wege zu erhalten und noch vorhandene Lücken zu schließen. Zur weiteren Attraktivierung unterstützen wir insbesondere den Ausbau des Leinpfades zwischen Kettwig und Mülheim sowie die Nutzung der alten Rheinbahn-

15

trasse. Der Regionalverband Ruhr – vormals Kommunalverband Ruhr (KVR) – wird auf der ehemaligen DB-Trasse der „Rheinischen Bahn“ einen Fahrrad- und Fußweg von der Essener Gruga bis zum Rhein schaffen. Für Mülheim bedeutet dies, dass auch unsere MÜGa angebunden ist sowie eine Grünverbindung von und nach Speldorf bzw. Broich geschaffen werden kann.

Mülheim – Die Stadt mit Zukunft

Ruhrbania

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.

Das größte Projekt unter dem Motto „Gemeinsam für Mülheim“ ist Ruhrbania.

Mülheim braucht nach Jahren des Stillstands Ruhrbania. Ohne Ruhrbania sind wir nicht zukunftsfähig – und nicht konkurrenzfähig gegenüber unseren Nachbarstädten.

Mit Ruhrbania wollen wir Mülheim ein neues Gesicht geben. Wir rücken die Ruhr in den Mittelpunkt und machen sie zum Leitmotiv der Stadtplanung. Das wird positive Auswirkungen haben auf unsere Stadtentwicklung, die Verkehrsführung und den Arbeitsmarkt.

Ruhrbania: Das steht für Bewahren, Gestalten, Entwickeln. Ruhrbania ist mehr als ein bloßes „Facelifting“ für unsere Stadt. Wenn Mülheim im interkommunalen Wettbewerb bestehen will, wenn wir die Position der Stadt als attraktive „Perle“ in der Rhein-Ruhr-Region bewahren wollen, brauchen wir Ruhrbania.

Dabei setzen wir nicht auf das Einerlei, das zu der viel beklagten Anonymisierung und zum Identitätsverlust gerade der großen Städte führt, sondern wir setzen auf die Tradition und die Besonderheiten unserer Stadt, die ihr auch schon in der Vergangenheit zu wirtschaftlichem Erfolg und Bedeutung in der Region verholfen haben.

Ruhrbania begreift Mülheim als eine enge Verbindung von Stadt und Natur, Stadt und Landschaft als eine Einheit. Mit Ruhrbania rücken wir die Ruhr bewusst in den Mittelpunkt und machen sie zum Leitmotiv der Stadtplanung. Das Wort selbst enthält, was wir uns für Mülheim vorstellen: urbanes Leben am Fluss.

Ruhrbania, das bedeutet Wohnen, Arbeiten und Erleben am Wasser. Ruhrbania steht aber auch für urbanen Lebensstil, der geprägt ist von Großzügigkeit, Offenheit, Toleranz, Vielfalt und Buntheit. Mülheim muss ein Ort lebendiger Öffentlichkeit sein. Wir brauchen die Symbiose von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur, qualitativem

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.

Mülheim braucht nach Jahren des Stillstands Ruhrbania. Ohne Ruhrbania sind wir nicht zukunftsfähig – und nicht konkurrenzfähig gegenüber unseren Nachbarstädten.

Ruhrbania: Das steht für Bewahren, Gestalten, Entwickeln. Ruhrbania ist mehr als ein bloßes „Facelifting“ für unsere Stadt.

Mit Ruhrbania rücken wir die Ruhr bewusst in den Mittelpunkt und machen sie zum Leitmotiv der Stadtplanung. Das Wort selbst enthält, was wir uns für Mülheim vorstellen: urbanes Leben am Fluss.

Städtebau, aktiver Bürgergesellschaft und sozialer Stadt. Zentrales Kernprojekt ist die Ruhrpromenade. Die Innenstadt und die Einkaufszone Schlossstraße, die von unserem Zukunftsprojekt ebenfalls in hohem Maße profitieren werden, sollen direkt mit dem Ruhrufer verbunden werden. Durch die Umgestaltung der Verkehrsführung und einen Umbau der Ruhrstraße kann das neue Quartier an der Ruhr weiterhin bequem angefahren werden, ohne dass – wie bisher – eine „Autobahn“ die Ruhr von der Stadt trennt.

Ruhrbania heißt: Das "Gold" der Stadt zum Glänzen bringen. Heißt: Bei der Zukunft der Region dabei zu sein.

Ruhrbania schafft auch ein Angebot für neue Unternehmen: Es soll ein Gründerzentrum entstehen und an der Duisburger Straße auf dem ehemaligen Bundesbahngelände ein Gewerbegebiet. Auch der Siemens Technopark in der Mellinshofer Straße gehört zur Planung dazu.

Ruhrbania kostet natürlich auch Geld. Doch ein Großteil davon – rund 38 Millionen Euro – stammt aus Landes- und Bundesmitteln und aus Einnahmen, die durch den Verkauf der städtischen Flächen im Bereich des Ruhrufers an private Investoren erzielt werden. Die Investitionssumme, die die Stadt selber aufbringen muss, ist mit geschätzten zwei Millionen Euro eher gering. Sie rechnet sich aber für die Stadt, da wir mit diesem vergleichsweise bescheidenen eigenen Beitrag private Investitionen von über 100 Millionen Euro auslösen werden.

Klar ist, dass der städtische Investitionsbeitrag auf keinen Fall aus Töpfen kommt, die für die Sanierung von Schulen und Straßen vorgesehen sind.

Innenstadt

Pro Einwohner gibt es in Mülheim 1,7 qm Verkaufsfläche im Einzelhandel – einschließlich des Rhein-Ruhr-Zentrums. Das ist deutlich mehr als in Essen oder Duisburg. Mülheims Einwohnerzahl geht zurück. Damit sinkt natürlich auch die Gesamtkaufkraft der Stadt. Dieser Zusammenhang ist auch eine Erklärung für die Leerstände in unserer City.

Wir wollen und brauchen eine attraktive Innenstadt. Notwendig ist eine Stärkung des Einzelhandels. Der teils ruinöse Wettbewerb der Städte untereinander muss zukünftig vermieden werden.

Wir wollen und brauchen eine attraktive Innenstadt.

15

Die City braucht ein Management aus einem Guss.

Die City braucht ein Management aus einem Guss. Nur wenn die Innenstadt durch koordiniertes Handeln aller Beteiligten entwickelt wird, hat sie auch weiterhin Chancen. Deshalb brauchen wir ein zentrales Citymanagement. Zum Citymanagement gehört auch ein zielgerichtetes Leerstandsmanagement. Es wird eine umfassende Datenbank aufgebaut, die Flächenpotenziale erfasst und angebotsorientiert verfügbar macht.

Es wird eine mittelfristiges strategisches Einzelhandelskonzept erarbeitet, an dem alle Akteure – Inhaber, Vermieter, Politik und Verwaltung – mitarbeiten müssen. Angesichts schrumpfender Einwohnerzahlen ist ein City-Plan zu entwickeln, der der zukünftig zurückgehenden Gesamtkaufkraft in der Stadt Rechnung trägt und gleichzeitig die Attraktivität der City optimiert. Insbesondere wird es Ziel des City-Planes sein, Planungssicherheit und -perspektive zu geben. Im Vorteil werden zukünftig Innenstädte sein, die ihr Flächenangebot variabel und kleinteilig vermarkten können. Deshalb ist zu überlegen, ob nicht die City zukünftig nach dem Factory-Outlet-System organisiert werden kann.

Die City muss für Besucher als Flaniermeile attraktiv sein.

Frequenz schafft Umsatz. Das heißt, die City muss für Besucher als Flaniermeile attraktiv sein. Unsere Innenstadt muss „zweipolige“ Flaniermeile bleiben. Das Rückgrat der City ist die Schlossstraße. Sie beginnt zukünftig an der Ruhr am Hafenbecken, das dort angelegt wird, und endet mit dem Forum. Einzelhandel im neuen Ruhrpromenadequartier wird es nicht geben.

Die Nordstadt ist im Zusammenhang mit Ruhrbania zu entwickeln.

Nordstadt

Die Nordstadt ist im Zusammenhang mit Ruhrbania zu entwickeln.

Eine klassische Sanierung der nördlichen Innenstadt (Nordstadt) ist – insbesondere mit Bezug auf den Zustand der vorhandenen Baulichkeiten – nicht sinnvoll. Gleichwohl wollen wir den besonderen Charakter dieses Stadtviertels in seiner jetzigen Nutzung, wie in Anerkennung seiner sozialen Vielfalt, belassen. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung ist an vorhandene Potenziale anzuknüpfen.

Der Stadtteil Eppinghofen wird von uns als besonderer Sozialraum begriffen. Wir werden im Stadtteil ein sozialräumliches Netzwerk aller Akteure aufbauen, um die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Stadtteil zu fördern. Es geht uns um tragfähige soziale Netze, die kinder- und familienfreundliche Lebensbedingungen in Eppinghofen stützen und weiterentwickeln.

Das Gebäude des ehemaligen „Frauengefängnisses“ ist ein städtebauliches Kleinod. Es ist ein Ankergebäude der nordwestlichen City. Es ist zu sanieren, aber in seiner Substanz zu erhalten. Eine Nutzung als Handwerkerhaus mit Kleingewerbe sowie für Existenzgründer oder Künstler scheint möglich. Andere Nutzungen sind denkbar. Wir gehen davon aus, dass der private Erwerber in enger Abstimmung mit der Stadt seine Planungen verwirklicht.

„Caravanmeile“ Kölner Straße

Die „Caravanmeile“ in Saarn ist mit den dort ansässigen 18 Unternehmen europaweit bekannt. Camping- und Mobilheimfans aus nah und fern kaufen auf dem europaweit umsatzstärksten Markt an der Kölner Straße. Der Caravantourismus ist überdies ein rasant wachsender Markt.

Die Caravanmeile ist ein großes wirtschaftliches Potenzial für die Stadt. Der Standort braucht vor allem Planungs- und Rechtssicherheit. Die eingeleiteten Bebauungsplanverfahren werden zeitnah umgesetzt. Optimierungsmöglichkeiten des Standortes müssen geprüft und sollten zielgerichtet im Dialog mit den dort ansässigen Unternehmen realisiert werden.

Die Caravanmeile ist ein großes wirtschaftliches Potenzial für die Stadt.

Siedlung Heimaterde

Mit uns wird es keine Innenraumbebauung in der Siedlung Heimaterde geben. Es gibt jetzt und in Zukunft keinen Anlass, diese Position zu ändern oder zu modifizieren.

Wir sind mit der Siedlergemeinschaft und der Bürgerinitiative Gartenstadt Heimaterde der Meinung, dass alles zu unterlassen ist, was die erhaltenswerte räumliche Struktur der Gartenstadtsiedlung in Frage stellt.

Mit uns wird es keine Innenraumbebauung in der Siedlung Heimaterde geben.

Wir bleiben bei unserer Haltung, dass wir punktuelle Straßenrandbebauung akzeptieren und sie auch im Sinne des Gesamtcharakters der Siedlung für vertretbar halten. Zu prüfen ist überdies der Vorschlag der Siedlergemeinschaft, ob nicht im Randbereich der Heimaterde altengerechter Wohnraum entstehen kann.

Die Heimaterde ist ein wichtiges Dokument für die wirtschaftliche, soziale und baugeschichtliche Entwicklung der Region.

Die SPD Mülheim an der Ruhr, ihre zuständigen Stadtverordneten und Bezirksvertreter haben sich von Anfang an konstruktiv in den Meinungsbildungsprozess eingeschaltet und zahlreiche Gespräche mit allen Beteiligten geführt.

Unser Interesse gilt der Erhaltung der Siedlung Heimaterde.

Unser Interesse gilt der Erhaltung der Siedlung Heimaterde.

Standort Heifeskamp

Die längst überfällige Entwicklung des Standortes „Heifeskamp“ konnte mit der Entscheidung für die Errichtung eines Fachmarktzentruns in eine zukunftsweisende Richtung gelenkt werden.

Die Potenziale des Standortes liegen in seiner verkehrsgünstigen Lage direkt an der A40 begründet. Die bereits realisierte Umgestaltung der Zu- und Abfahrt hat diesen Vorteil noch verstärkt.

Darüber hinaus bildet das großzügige Gelände den gedachten Schnittpunkt der Achsen Duisburg – Essen und Mülheimer Innenstadt – Centro Oberhausen, umgeben von intensiver nahversorgungsbedürftiger Wohnbebauung.

Die vorliegenden Gutachten zeigen Handlungsbedarf auf. Die Potenziale müssen durch entsprechende flankierende Maßnahmen gehoben und nachhaltig gesichert werden.

So gilt es, einerseits das heutige Angebot durch einen attraktiven Branchenmix zu erweitern, denn langfristig werden die heutigen Frequenzbringer wie Bau-, Elektronik- und Einzelhandelsmarkt nicht ausreichen. Verkoppelt mit diesem Projekt besteht andererseits in Dümpten die Chance, unter Einbeziehung der dann verkehrsberuhigten Mellinghofer Straße ein leistungsfähiges Stadtteilzentrum zu entwickeln.

Kunden und damit Umsatz, Steuereinnahmen und vor allem Arbeitsplätze kommen heute nicht allein aufgrund einer guten Verkehrsanbindung. Sie wollen vielmehr durch ansprechende Architektur und positives Ambiente umworben werden.

Aufgabe der Politik ist es daher, die bauliche Umsetzung des Projektes „Handelsplatz Heifeskamp“ zu steuern. Hierbei sind die berechtigten Interessen der bisherigen Akteure und auch die neuer engagierter Interessenten einzubinden.

Wir dürfen eine solche Entwicklung wie die des „Heifeskamp“ nicht dem Spiel der freien Kräfte überlassen, wenn wir einen nachhaltig wirtschaftlich und städtebaulich attraktiven und damit zukunftssträchtigen Standort „aus einem Guss“ haben wollen.

Bahngelände Broich und Bereichsplanung Düsseldorf

Wenn, wie schon zum Thema „Heifeskamp“ ausgeführt, die Entwicklung von bereits in weiten Teilen „am Netz“ befindlichen Standorten nicht dem Spiel der freien Kräfte überlassen werden darf, so gilt

dies umso mehr für Bereiche, die nahezu vollständig neu ge- oder überplant werden müssen und können. Nur dann werden wir eine nachhaltige, wirtschaftlich und städtebaulich attraktive und damit zukunftssträchtige Standortentwicklung in Mülheim sichern können.

Diese Aufgabe wird die SPD konkret im Hinblick auf die Neugestaltung des Broicher Bahngeländes sowie des Gebietes an der Düsseldorfer Straße wahrnehmen. Beide Standorte sind Eingang zur Innenstadt und bieten die Chance, überaus attraktive Handwerks- und Gewerbestandorte zu etablieren. Einzelhandel in größerem Umfang verbietet sich hier schon wegen der Nähe zur Innenstadt und der im Umfeld vorhandenen Angebote (Broicher Mitte, Speldorf Mitte, Dorf Saarn etc.). Architektonisch erwarten wir beim Bahngelände Broich eine einheitliche Struktur, die die bestehende Bebauung, die Anbindung an das MüGa-Gelände sowie die Vergangenheit als früherer Güterumschlagplatz stilistisch aufgreift.

Eine besondere Chance sehen wir in der Möglichkeit, die Unterführungslösung im Kreuzungsbereich Duisburger Straße – Rheinbahntrasse im Rahmen einer Gesamtplanung auf das Straßenniveau anzuheben und damit die seit Jahrzehnten bestehende „Trennung“ zwischen Broich und Speldorf zu beseitigen.

Hauptbahnhof

Das derzeitige Erscheinungsbild des Mülheimer Hauptbahnhofes mit seinem Umfeld ist nicht akzeptabel. Wir werden uns bemühen, das Bahnhofsgebäude zu renovieren und zu sanieren. In diesem Zusammenhang ist eine enge Kooperation zwischen Stadt und anderen gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Akteuren wünschenswert und notwendig. Wir begrüßen ausdrücklich das Engagement der Mülheimer Wirtschaft in dieser Sache. Das Bahnhofsumfeld mit Dieter-aus-dem-Siepen-Platz und dem Nordausgang zum Tourrainer Ring bedarf der städtebaulichen Umgestaltung und Optimierung.

Das derzeitige Erscheinungsbild des Mülheimer Hauptbahnhofes mit seinem Umfeld ist nicht akzeptabel.

Flughafen Essen Mülheim

Der Flughafen Essen-Mülheim ist ein „Dauerbrenner“. Seit knapp 15 Jahren läuft der Streit. Wir wollen weg vom Glaubenskrieg und von den ideologischen Debatten und hin zu pragmatischen Lösungsschritten.

Unsere Ziele in Bezug auf das Flughafenareal sind:

1. Die Optimierung des Flughafenbetriebs selbst und
2. die Nutzung von dort vorhandenen attraktiven Flächen für Gewerbeansiedlung.

15

Wir wollen den Flughafen zum Geschäftsflughafen entwickeln.

Wir wollen den Flughafen zum Geschäftsflughafen entwickeln. Gemeint ist damit eine Optimierung des jetzigen Flugbetriebs. Ziel ist eine Umschichtung in den Flugbewegungen, nicht ihre Vermehrung. Die absolute Zahl der Starts und Landungen wird sich nicht verändern. Es soll weniger Schulflüge und mehr Geschäftsflüge geben. Schulflüge bedeuten Platzrunden, also pro Start und Landung mehrere Überflüge über die Umgebung des Flughafens, Geschäftsflüge bedeuten jeweils nur einen Überflug bei Start und Landung. Für die Bereiche, die jetzt bei den Platzrunden überflogen werden, wird es deshalb eine Geräuschreduzierung geben. Für die Bereiche, die in den Start- und Landekorridoren liegen, wird es geringfügige und kaum wahrnehmbare zusätzliche Geräuschbelastungen geben.

Geschäftsflüge bringen mehr Geld in die Kassen des Flughafens, so dass weniger Geld von der Stadt an den Flughafen gezahlt werden muss.

Klar ist: Einen Ausbau zum Regional- oder Charterflughafen streben wir nicht an.

Klar ist: Einen Ausbau zum Regional- oder Charterflughafen streben wir nicht an.

Am Flughafen soll außerdem ein interkommunales Gewerbegebiet entstehen.

Am Flughafen soll außerdem ein interkommunales Gewerbegebiet entstehen. Unser Ziel ist es, einen qualitativ hochwertigen Wirtschaftsstandort von überregionaler Bedeutung zu schaffen und so zielgerichtet die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu fördern. Die Fläche ist aufgrund ihrer Lage dafür hervorragend geeignet. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist aber auch eine entsprechende städtebauliche Gestaltung erforderlich. Der Gewerbepark ist zugleich ein Musterbeispiel für eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsstrategie der Städte Mülheim und Essen ohne Kirchumsdenken, zum Nutzen beider Städte. Die Stadträte der Städte Mülheim an der Ruhr und Essen haben einen gleich lautenden Beschluss zur Entwicklung eines Büroparks als interkommunales Gewerbegebiet am Flughafen gefasst. Jetzt geht es darum, diesen Beschluss in die Tat umzusetzen.

Gesichert ist außerdem, dass die Zeppeline auch in Zukunft in Mülheim ihren Heimathafen haben.

Gestaltungsbeirat

Wir befürworten die Berufung eines Gestaltungsbeirates. Ziel des Gestaltungsbeirates ist es, das Stadtbild dauerhaft zu verbessern, die architektonische und stadträumliche Qualität zu sichern und zu fördern sowie Fehlentwicklungen zu verhindern.

Mülheim – Die Stadt der Arbeit

Obwohl Mülheim an der Ruhr den Strukturwandel von einer Leder- und Montanstadt zu einem branchenvielfältigen Wirtschaftsstandort mit den Schwerpunkten Handel und Dienstleistung in den vergangenen 25 Jahren im Vergleich der Ruhrgebietsstädte relativ gut gemeistert hat, werden diese positiven Strukturmerkmale immer noch von einigen negativen Entwicklungen und strukturellen Risiken überschattet:

Die drei den lokalen Arbeitsmarkt dominierenden Großunternehmen in Mülheim – Friedrich-Wilhelms-Hütte, Mannesmannröhren-Werke mit ihren Tochtergesellschaften und die Siemens Power Generation – unterliegen als Global Player naturgemäß den risikoreichen Schwankungen des Weltmarktes. Auch ein hoher Beschäftigtenanteil im Produktions- und Baubereich zwingt uns, den strukturellen Anpassungsprozess in Mülheim an der Ruhr in den nächsten Jahren fortzusetzen.

Verbund von Wirtschaft und Stadtpolitik stärken

Ohne Arbeitsplätze für ihre Bevölkerung stirbt eine Stadt. Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo die Wirtschaft floriert. Nur durch eine zeitgerechte städtischen Infrastruktur sind günstige Rahmenbedingungen für Dienstleistungs-, Handels- und Produktionsunternehmen zu schaffen. Erfolgreiches Wirtschaften und erfolgreiche städtische Standort- und Infrastrukturpolitik sind aufeinander angewiesen.

Dieser Verbund ist durch die Entwicklungen in der Steuerpolitik in den letzten Jahren gelockert worden. Ohne die Reform der Gewerbesteuer droht jedoch die Gefahr weiterer Schwächung in dem Verhältnis von Stadt und wirtschaftlichen Unternehmen. Der aufgrund knapper Kassen seit Jahren zu beobachtende Rückgang städtischer Investitionstätigkeiten schwächt die Leistung im Ausbau der Infrastruktur und der Standortqualität. Dieser Trend muss gebrochen werden.

Gemeinsame Interessen von Stadt und Wirtschaft müssen auch gemeinsam vertreten werden.

Im Zuge der Globalisierung wird es immer schwieriger, Unternehmen und Arbeitsplätze in den Städten zu halten und Neuansiedlungen zu erreichen.

Bei der hohen gegenseitigen Abhängigkeit erfolgreich agierender Wirtschaftsunternehmen in Mülheim an der Ruhr und aussichtsreicher Stadtpolitik ist es unerlässlich, dass sich die Verbände der

Ohne Arbeitsplätze für ihre Bevölkerung stirbt eine Stadt.

Gemeinsame Interessen von Stadt und Wirtschaft müssen auch gemeinsam vertreten werden.

16

Wirtschaft und der Städte zukünftig mehr als bisher um gemeinsame Positionen und Strategien bemühen und ihre deckungsgleichen Interessen gemeinsam gegenüber Ländern, Bund und Europäischer Union vertreten. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk den kleinen und mittleren Unternehmen, die gegenüber den global agierenden Konzernen unter immer schwierigeren Bedingungen handeln müssen.

Trotz der sich auch in Mülheim an der Ruhr verschiebenden Gewichtung von traditionell industriellem Gewerbe hin zur unternehmensbezogenen Dienstleistung sind die industriell geprägten Arbeitsplätze unserer Großunternehmen Friedrich-Wilhelms-Hütte, Mannesmann und Siemens zu sichern.

Gesunde kleine und mittelständische Unternehmen bilden mit ihrer Branchenvielfalt die gesunde Basis unseres Wirtschaftsstandortes.

Gesunde kleine und mittelständische Unternehmen bilden mit ihrer Branchenvielfalt die gesunde Basis unseres Wirtschaftsstandortes. Daher ist die Förderung des Mittelstandes mit höchster Priorität zu betreiben. Die Stärkung des Mittelstandes führt zum einen zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze und zum anderen, über die Vernetzung der Unternehmen in ihrer Rolle als Lieferanten, zur Sicherung der Überlebensfähigkeit der Großunternehmen und damit zur Sicherung der dortigen Arbeitsplätze. Hierbei gilt es, Wachstumsbranchen zu identifizieren.

Mülheim hat die Basis, sich als das Kompetenzzentrum für Wasser und Wassertechnologie der Zukunft zu stellen. Dabei können wir mit dem Sitz von RWE-Aqua, der RWW Rheinisch-Westfälischen Wasserwerksgesellschaft und des IWW – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung auf bestehenden Potenzialen aufbauen.

Mülheim als Stadt bedeutender Unternehmensgründer und als Stadt mit zahlreichen Gründungsinteressierten braucht dringend ein Existenzgründungszentrum.

Mülheim als Stadt bedeutender Unternehmensgründer und als Stadt mit zahlreichen Gründungsinteressierten braucht dringend ein Existenzgründungszentrum. Zentraler Bestandteil bei der Konzeption eines solchen Zentrums muss die Ansiedlung von jungen Unternehmen in einem möglichst breiten Branchenmix aus Handwerk, Produktion und Dienstleistung sein.

Gründer brauchen optimale Startbedingungen. Viele gute und zukunftsfähige Ideen scheitern am mangelnden Eigenkapital der Gründer. Das gilt oft auch für Firmenerweiterungen.

Wir werden eine Wagniskapitalgesellschaft im Verbund von Stadt und lokalen Kreditinstituten eingehend prüfen.

Wir werden eine Wagniskapitalgesellschaft im Verbund von Stadt und lokalen Kreditinstituten eingehend prüfen, die Starterkapital bereitstellt. Unsere Wirtschaft lebt von den Gründerideen. Wir werden Chancen zu ihrer Verwirklichung ermöglichen.

Mülheim geht schonend mit seinen Frei- und Erholungsflächen um. Vorrangig werden aufgegebene und untergenutzte industrielle Brachflächen reaktiviert und einer neuen zukunftsorientierten gewerblichen Nutzung zugeführt. Der Siemens Technopark und das SMH-Gelände an der Pilgerstraße sind hierfür erste gelungene Beispiele. Dieses Ziel verfolgt auch der neue Flächennutzungsplan, der gegenwärtig für unsere Stadt erarbeitet wird. Ziel der SPD ist hierbei die Förderung und Entwicklung innenstadtnaher Arbeitsstättengebiete und die Sicherung ausreichender und attraktiver gewerblich-industrieller Standorte in den bereits vorhandenen Gewerbe- und Industriegebieten.

Mülheim geht schonend mit seinen Frei- und Erholungsflächen um.

Investitionen zur Optimierung des Angebotes als Kongress- und Tagungsort sind wichtige Voraussetzungen für einen gesunden Wirtschaftsstandort. Ein Kongresszentrum Stadthalle mit Schloss Broich und neuem Hotelbau ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Ein Kongresszentrum Stadthalle mit Schloss Broich und neuem Hotelbau sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Mülheim & Business GmbH ist eine Public-Private-Partnership der Stadt Mülheim an der Ruhr und der Mülheimer Wirtschaft. Als Wirtschaftsförderungsgesellschaft sieht die SPD in ihr den zentralen Ansprechpartner für die heimischen Unternehmen und One-stop-Agency für Unternehmensansiedlungen.

Für die SPD von höchster Priorität: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit ist die größte Herausforderung sozialdemokratischer Politik. Oberstes Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Auch wenn dies primär die Aufgabe der Wirtschaft und der Bundespolitik ist, müssen wir vor Ort positive Rahmenbedingungen schaffen.

Die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit ist die größte Herausforderung sozialdemokratischer Politik.

Dabei gilt der Leitsatz: Wir wollen Arbeit finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit. Wichtige Bausteine zur Umsetzung einer aktivierenden Beschäftigungspolitik sind in Mülheim an der Ruhr realisiert worden. Wir haben die Instrumente der Beschäftigungspolitik gebündelt, konzeptionell optimiert und „marktgerecht“ weiterentwickelt.

Wir wollen Arbeit finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit.

Diese neuen Instrumente verstehen sich als Dienstleister für Arbeitssuchende und Unternehmen. In der Verknüpfung von Wirtschafts- und Personalentwicklungsmaßnahmen sehen wir auch zukünftig Chancen, die zu mehr Beschäftigung führen. Wir fordern von jedem Arbeitssuchenden Eigenengagement, nehmen aber auch den Bereich des Förderns sehr ernst.

Vor dem Hintergrund der „Hartz-Gesetze“ wird die rasche und nachhaltige Vermittlung aller Erwerbsfähigen in Arbeit und Beschäftigung

17

die zentrale Aufgabe. Dazu müssen zusätzliche, neue Strategien entwickelt werden. Ohne die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder wird dies nicht gehen. Wir wollen dazu beitragen, neue Beschäftigungsfelder für gering Qualifizierte dort zu erschließen, wo sie einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Beschäftigung und zur Sicherung von Einkommen aus regulärer Arbeit leisten können, z. B. im Dienstleistungsbereich. Denn es bleibt unser Ziel, möglichst vielen Menschen ein ausreichendes Einkommen aus eigener Kraft zu ermöglichen.

Für die Menschen, die zwar prinzipiell erwerbsfähig sind, für die eine unmittelbare Integration in den so genannten „1. Arbeitsmarkt“ kurz- und mittelfristig keine realistische Perspektive ist, müssen jedoch nach den gesetzlichen Reformen aus sozialer Verantwortung heraus Strategien entwickelt werden.

Die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt ist uns besonders wichtig.

Die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt ist uns besonders wichtig. Eine zentrale Aufgabe, die wir angepackt haben. Wir brauchen Hilfestellungen, damit sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen können. Wir haben diese Aufgabe angepackt und werden den begonnenen Weg konsequent fortsetzen.

Wir wollen mehr Innovation, eine hohe Qualität von Produkten und Dienstleistungen. Das ist nur zu erreichen mit dem Können, dem Wissen und der Leistung der Menschen. Auf sie müssen wir setzen, denn darin liegt auch der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg.

Mülheim – sauber, sicher, ordentlich

Mülheim an der Ruhr wird von seinen Bürgerinnen und Bürgern als sympathische, lebens- und lebenswerte Stadt erlebt.

Die öffentliche Sicherheit wird mehrheitlich als gut bzw. ausreichend im Sinne von wenig besorgniserregend bewertet.

Wir sind uns bewusst: Sauberkeit und Ordentlichkeit sind wichtige Bedingungen für die öffentliche Sicherheit. Beides ist bedeutsam für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und damit auch für die Wohn- und Lebensqualität.

Der Lebensraum Stadt ist weit mehr als lediglich das Umfeld für Wohnen und Arbeiten. Er muss der „Wohlfühlraum“ für die Menschen sein. Nur so entsteht Bindung zur Stadt. Nur so entsteht Heimat. Nur so entsteht das Gefühl: „Das ist mein Mülheim“.

Wir sind uns bewusst: Sauberkeit und Ordentlichkeit sind wichtige Bedingungen für die öffentliche Sicherheit.

Wir alle wollen Mülheim als Wohlfühl- und Heimatstadt. Denn diese positiven Gefühle sind als weiche Standortfaktoren in ihrer Wichtigkeit kaum zu unterschätzen. Die Attraktivität einer Stadt muss unmittelbar sinnfällig erfahrbar sein.

Wir alle wollen Mülheim als Wohlfühl- und Heimatstadt.

Es sind die „kleinen Dinge“, die in diesem Zusammenhang große Erfahrungs- und Erlebniswirkung für das Erscheinungsbild der Stadt entfalten.

Das Graffiti an einer Hauswand ist kein Spontankunstwerk, sondern eine unerträgliche Schmiererei. Sachbeschädigung ist es überdies. So und nicht anders muss das bewertet werden. Der „künstlerische Wert“ ist ohnehin fast immer gleich null.

Das achtlos weggeworfene Pommesschälchen auf der Schlossstraße ist nicht hinnehmbar. Die unzähligen Zigarettenkippen auf den Straßen, in unseren Grünanlagen sind es ebenfalls nicht. Kaugummi kann man auch anders entsorgen, als sie auf das Pflaster zu spucken.

Die wilde Müllkippe ist nicht nur eine optisches Belästigung. Sie ist nicht akzeptabel.

Umgestürzte Parkbänke, herausgerissene Abfalleimer sind nicht Ausdruck überschüssiger Kräfte, sondern schlicht Vandalismus. Und Vandalismus ist mutwillige Zerstörung oder Beschädigung. Öffentliches Grün muss besser gepflegt werden. Die Einwegverpackung wird eher ins hohe Gras geworfen. Da muss vieles viel besser werden.

Öffentliches Grün muss besser gepflegt werden.

Bürgerinnen und Bürger erleben das als Verwahrlosung. Von so genannten Verwahrlosungsräumen gehen animierende Wirkungen aus. Nachahmungseffekte treten ein. (Broken-Windows-Theorie) So wachsen z. B. kleine wilde Müllkippen schnell zu großen. Wo Verunreinigung sich schon breit gemacht hat, ist die Hemmschwelle weit niedriger, Abfall abzuladen.

Es ist deshalb wichtig, durch verstärkte Kooperation zwischen Behörden, Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern darauf hinzuwirken, dass Mülheims öffentlicher Raum sauber, ordentlich und sicher ist.

Es ist leicht und allzu nahe liegend, die Gesamtverantwortung der „Stadt“ zuzuschreiben. Doch die Stadt sind wir alle. Die Stadt begegnet uns so, wie wir mit ihr umgehen.

Die Stadt begegnet uns so, wie wir mit ihr umgehen.

17

Sauberkeit, Ordentlichkeit und Sicherheit bilden deshalb auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Daher rufen wir auf zur Gemeinschaftskampagne: Mülheim: sauber, ordentlich, sicher.

Erstes Ziel der Kampagne muss es sein, dass verschmutzte Straßen und Plätze, wild abgelagerter Müll, Graffiti-Schmierereien nicht mehr als hinzunehmendes Übel betrachtet werden. Wir wollen Bewusstsein wecken. Wir wollen sensibilisieren. Wir wollen zum Nachdenken animieren. Die Bereitschaft, sich nicht nur mit der eigenen Gedankenlosigkeit auseinander zu setzen, sondern auch andere Verursacher mit ihrem Fehlverhalten zu konfrontieren, muss erkennbar wachsen. Wir wollen Mut zur Zivilcourage schaffen. Wir brauchen und wollen keine Sheriff-Mentalität, sondern „sanfte“ soziale Kontrolle.

Sensibilisierung erfordert Aufklärung und inhaltliche Debatte. „Mülheim – sauber, ordentlich, sicher“ muss als Kampagne alle gesellschaftlichen Akteure erreichen und einbinden. Eine bürgerschaftliche Gesamtinitiative muss ins Leben gerufen werden.

Wir regen eine Aktionswoche „Frühjahrsputz – Mülheim macht klar Schiff“ im April eines jeden Jahres an.

Wir regen eine Aktionswoche „Frühjahrsputz – Mülheim macht klar Schiff“ im April eines jeden Jahres an. An dieser Aktionswoche sollen und können sich alle beteiligen: Sportvereine, Bürgervereine, Schulen, Kindergärten, Nachbarschaften, Betriebe, auch Parteien usw.

Wir brauchen darüber hinaus als Dach ein bürgerschaftliches Bündnis „Schönes Mülheim“.

Wir brauchen darüber hinaus als Dach ein bürgerschaftliches Bündnis „Schönes Mülheim“. Es kann und darf nicht bei einer Aktionswoche bleiben. Wir brauchen nachhaltig wirkende und tätige Strukturen, die von den Menschen in dieser Stadt getragen werden.

Wir regen des Weiteren an, Spielplatz-, Grün- und Wohnquartierpatenschaften zu initiieren oder sie, soweit sie schon bestehen, zu stützen und zu verstetigen.

Mülheim – sauber, ordentlich, sicher. Das ist unser Ziel. Das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht.

Mülheim – Die „grüne Perle“ im Revier

Umwelt und Ökologie

Ökologie und Ökonomie stehen nicht im Widerspruch. Eine reizvolle und intakte Natur ist ein unverzichtbarer Standortfaktor.

Ökologie und Ökonomie sind vereinbar. In Mülheim wird es keine Konkurrenz zwischen Stadtplanung einerseits und Umwelt- und Naturschutz andererseits geben.

Der Wirtschaftsstandort Mülheim an der Ruhr muss gestärkt werden, um auch zukünftig gute Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die finanziell solide Entwicklung der Stadt zu sichern. Gleichzeitig garantieren Umwelt- und Naturschutz die Erhaltung einer gesunden Umgebung, den Ausbau der Lebensqualität und die Sicherung der Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen in Stadt und Umland.

Mülheim ist auch deshalb eine ganz besondere Stadt, weil sie zwar eine Großstadt im Ruhrgebiet ist, sich aber anders als alle anderen durch einen hohen Anteil an Wäldern, Bachauen und Wiesen auszeichnet. Graugänse machen hier Rast, auf einer Waldwiese wächst ein Bestand des „Gefleckten Knabenkrauts“, einer seltenen Orchideenart.

Der Leinpfad als beliebter Rad- und Wanderweg muss zukünftig dauerhaft zur Verfügung stehen. Die Sanierung und der Ausbau sollen vorangetrieben werden, um die sichere Nutzung durch die Bevölkerung zu ermöglichen. Dort, wo der Leinpfad durch ökologisch sensible Bereiche führt, ist der Schutz der Natur zu gewährleisten.

Ein neuer Höhenwanderpfad längs der Abbruchkante am Steinbruch Rauhen in Broich kann zur weiteren Attraktivierung der Stadt sicher beitragen. Dies gilt auch für einen Höhenwanderpfad am Steinbruch Kühlenstraße im Winkhauser Tal. Eingriffe in die sich dort entwickelnde Flora und Fauna unterbleiben.

Der Ruhrbadestrand unmittelbar am Fluss, aber außerhalb des angrenzenden Naturschutzgebietes (FFH-Fläche) muss erhalten und behutsam, naturverträglich weiter als Freizeit-, Sport- und Spielplatz ausgebaut werden.

Am Entenfang soll die Infrastruktur für einen intensiv genutzten Badeseesee in den weniger naturschutzwürdigen Bereichen verbessert werden, im Schutzgebiet hat die Ungestörtheit der Tiere und Pflanzen Vorrang.

18

Ökologie und Ökonomie stehen nicht im Widerspruch. Eine reizvolle und intakte Natur ist ein unverzichtbarer Standortfaktor.

Der Leinpfad als beliebter Rad- und Wanderweg muss zukünftig dauerhaft zur Verfügung stehen.

Der Ruhrbadestrand unmittelbar am Fluss aber außerhalb des angrenzenden Naturschutzgebietes (FFH-Fläche) muss erhalten und behutsam, naturverträglich weiter ausgebaut werden.

18

Die vier großen Campingplätze an der Ruhr sollen durch die Umsetzung des Landschaftsplanes dauerhaft in ihrem Bestand gesichert werden, so dass die Camper ein langfristiges Bleiberecht erhalten. Eine Ausweitung soll jedoch nicht erfolgen.

Auberg

Während der jahrzehntelangen geringen und dadurch schonenden Nutzung des oberen Auberggeländes südlich der Kölnerstraße durch die Bundeswehr hat sich dieser Bereich, neben der intensiven Nutzung durch den traditionell dort ansässigen Reitsport, zum Freizeit- und Erholungsgebiet für Spaziergänger und Wanderer entwickelt.

Modellflugfreunde haben hier seit Jahrzehnten ebenso ihre Heimstatt gefunden wie in den letzten Jahren die Freunde von Lenkdrachen.

Hundeführer, die einzeln oder in Gruppen ihre Tiere ausführen oder trainieren, trifft man täglich an. Dies wird auch so bleiben.

Jede Planung, die diese für alle Bürgerinnen und Bürger ökologisch und von ihrem Freizeitwert her so attraktive Landschaft beeinträchtigt, muss unterbleiben. Wohn- oder Gewerbebebauung hat hier ebenso wenig verloren wie Windenergieanlagen.

Das vorhandene Wegesystem wird im Bestand gesichert und in seiner Qualität optimiert.

Baumschutzsatzung

Die für Mülheim bestehende Baumschutzsatzung bleibt erhalten und wird bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Bauen und Umwelt

Jede Stadt hat nur eine begrenzte Fläche zur Verfügung, auf der sie sowohl Bau- und Gewerbeflächen als auch Erholungsgebiete und Grünflächen schaffen und erhalten muss. Wir wollen das ausgewogene Verhältnis zwischen bebauten Flächen und Grünflächen in unserer Stadt grundsätzlich erhalten.

Die Ansiedlung von neuen Gewerbetrieben soll mit absolutem Vorrang auf ehemaligen Industrieflächen erfolgen, damit die alten, meist bereits versiegelten Flächen neuem wirtschaftlichem Leben zugeführt werden. Auf diese Weise bleiben die Grün- und Freiflächen der Naherholung erhalten.

Sparsame Nutzung von Energie

Wichtigstes Ziel ist ein verantwortungsvoller Umgang mit der vorhandenen Energie, das heißt, es soll so wenig Energie verbraucht wer-

Wir wollen das ausgewogene Verhältnis zwischen bebauten Flächen und Grünflächen in unserer Stadt grundsätzlich erhalten.

Es soll so wenig Energie verbraucht werden wie möglich.

den wie möglich. Die Senkung des Energieverbrauchs hat in den meisten Fällen keinerlei Verlust an Lebens- und Wohnqualität zur Folge, stellt jedoch einen enorm wichtigen Baustein im Umweltschutz dar.

Die Energie, die benötigt wird, soll so umweltschonend wie möglich erzeugt werden: Sonne, Wasser, Erdwärme und Wind bieten als unerschöpfliche Energiequellen besonders umweltschonende Ansätze der Energieerzeugung.

In Mülheim wird die Wasserkraft der Ruhr bereits beinahe optimal genutzt. Wenn Mülheimer Bürgerinnen und Bürger z. B. Solarenergie zur Gewinnung von Wärme oder Strom nutzen, wollen wir, dass sie durch Beratung und Vermittlung von Fördermitteln bei solchen Projekten unterstützt werden.

Windkraftanlagen sind in Mülheim für uns nur auf wenigen Flächen sinnvoll und denkbar, z. B. im Ruhrbogen, am Hafen oder auf dem Mannesmann-Gelände. Keinesfalls sollen Anwohner belastet werden. Im Mülheimer Süden, insbesondere im Ruhrtal, wollen wir keine Windenergieanlagen, die das Landschaftsbild beeinträchtigen.

Zusätzlich setzen wir auf Kraft-Wärme-Kopplung durch Block-Heizkraftwerke. Die ökologische Zielsetzung der medl muss konsequent umgesetzt werden. Auch für die Stromversorgung brauchen wir eine vernünftige Lösung mit Einflussmöglichkeiten der Stadt.

Städtisches Umweltmanagement

Für die Stadt ist ein eigenes Umweltmanagement aufzubauen. Die Stadtverwaltung und die mit ihr verbundenen Gesellschaften und Einrichtungen sollen mit gutem Beispiel vorangehen. Ziel muss ökologisch orientiertes Wirtschaften sein. Dafür ist ein klares Konzept zu entwickeln, das vom Energiemanagement für Gebäude, Maschinen und Fahrzeuge über Müllvermeidung, -trennung und -verwertung bis hin zur Beschaffung von umweltverträglichen Materialien reicht. Ökologisches Bauen ist zu forcieren. Der Stadtverwaltung und den Wohnungsbaugesellschaften fällt hierbei eine Vorbildfunktion zu.

Eine sachgerechte und effektive Koordinierung für Planung und Entwicklung öffentlicher Grünflächen muss sichergestellt werden. Die Belange des öffentlichen Grüns in der Stadt müssen im Zusammenhang erfasst und zielgerichtet entwickelt werden. Eine enge Kooperation mit den am Ort aktiven Umwelt- und Naturschutzverbänden ist notwendig.

Im Mülheimer Süden, insbesondere im Ruhrtal, wollen wir keine Windenergieanlagen, die das Landschaftsbild beeinträchtigen.

Für die Stadt ist ein eigenes Umweltmanagement aufzubauen.

Ökologisches Bauen ist zu forcieren.

19

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Wir wollen gezielt Betriebe aus dem Umweltsektor in Mülheim ansiedeln. Bei allen Maßnahmen im Umweltbereich werden wir prüfen, ob diese mit Beschäftigungsförderungskonzepten umgesetzt werden können.

Mülheim – Moderne Stadt, moderne Verwaltung

Eine Stadt braucht Verwaltung. Mülheim hat eine moderne Verwaltung. Wir haben eine Stadtverwaltung, die sich als Dienstleistungseinrichtung versteht und die Bürgerinnen und Bürger als Kunden und Partner ansieht und behandelt.

Verwaltungshandeln muss für alle nachvollziehbar und transparent sein.

Verwaltungshandeln muss für alle nachvollziehbar und transparent sein. Im Vordergrund stehen Serviceorientierung, Effektivität und Effizienz.

Wir haben Verwaltungshandeln für die Bürgerinnen und Bürger transparenter gemacht. Wir leben im Online-Zeitalter. Wir werden das Electronic-Government weiter ausbauen.

Für uns gilt: Wir wollen eine Mitmachdemokratie

Für uns gilt: Wir wollen eine Mitmachdemokratie. Alle sollen und können sich einmischen. Unsere Stadt lebt von den Ideen ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben seit einem Jahr mehr Bürgerorientierung ins Werk gesetzt: Die Stadtkanzlei ist heute fester Bestandteil einer neuen transparenten Debattenkultur in unserer Stadt. Die Bürgeragentur auf der Schlossstraße arbeitet mit großem Erfolg.

Insgesamt heißt das: Es gibt mehr Offenheit, es gibt Plattformen für produktive Debatten. Die Verwaltung ist bürgerfreundlicher geworden. Wir werden das System der Bürgerbeteiligung stärken und ausbauen. Wir werden die Servicefunktionen der Verwaltung erweitern. Verwaltung ist Dienst am Kunden.

Verwaltung ist Dienst am Kunden.

Die wichtigste Ressource einer jeden Verwaltung sind ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die kontinuierliche Modernisierung unserer Verwaltung lebt von den Beschäftigten: Ohne sie wird nichts, mit ihnen kann alles gelingen.

Motivation kann sich nur in einem Klima der Offenheit und Verantwortung entfalten. Deshalb wollen wir flache Hierarchien im Rathaus. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen Verantwortung übernehmen. Wir geben sie ihnen. Nur so werden Leistungspotenziale auch wirklich abgerufen.

Wir wollen ein Qualitätsmanagement für unsere Verwaltung. Es muss mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt werden. Wir gehen mit der Zeit.

Politisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger, sowie die Arbeit des Rates und der Verwaltung müssen zusammenfließen zum Wohle unserer Stadt. Diese Synergie zu organisieren und zu steuern ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik.

Solide Finanzen – Investitionen in und für Menschen

Wir stehen für eine solide Finanzpolitik. Angesichts enger gewordener Spielräume setzen wir klare Prioritäten.

Wir werden das auf den Weg bringen, was unsere Stadt voranbringt. Wir legen unsere Schwerpunkte auf die Themen Bildung und Schule sowie Sozialsystem, hier insbesondere auf den Bereich kinder- und familienfreundliche Stadt.

Wir werden die Finanzressourcen dafür einsetzen, unsere Stadt als „Perle im Revier“ zu erhalten. Wir investieren in und für Menschen, die Menschen unserer Heimatstadt. Wir investieren in Entwicklung und Wandel.



20

Wir wollen ein Qualitätsmanagement für unsere Verwaltung.

index

100-Häuser-Programm 12, 34

A

aktivierenden Sozialstaates 7, 28
aktivierender Bildungspolitik 19, 45
Alphabetisierungskurse 20, 47
Alten Post 22, 49
Altenpolitik 14, 35
Alter 14, 35
ambulanten Sterbebegleitung 27
Arbeit 8, 30
Arbeitsförderung 10, 33
Arbeitsleben 21
Arbeitsmarkt 16, 41
Arbeitsmarktpolitik 8, 10, 30
Armut 8, 30
Assimilation 23
Ausländerbeirat 24

B

Barrierefreiheit 17, 44
Basketball-Nights 13, 39
Beachvolleyballanlage 13, 39
Behindertenpolitik 17
Berufsaussichten 7, 30
Berufsbildungszentrum 20, 47
Berufskollegs 20, 47
Betreuung 11, 33
Betreuungsangeboten 11, 33
Bildung 7, 16, 38
Bildungsausgaben 19, 45
Bildungserfolg 7, 30
Bildungspolitik 19, 45
Bildungsstadt 5, 18, 29
Bildungsvereinbarung 20, 46
Bildungszentrum 22, 49
Bücherei 21
Bündnis für Erziehung 19, 45
Bürgeragentur 25
Bürgerbegehren 25
Bürgerinformationsstelle 27
Bürgerorientierung 25

bürgerschaftliches Engagement 25
Bürgerstadt 6, 24, 29
Bürgerstiftung 26
Bürgerstiftungen 26

C

Centrum für bürgerschaftliches Engagement (CBE) 26
Chancen 8
Chancengleichheit 15, 18, 19, 40
Chöre 22
D
Daseinsvorsorge 10, 32
demografische Entwicklung 14, 36
demographische Wandel 27
Deutsch & Interkulturelles Lernen in Mülheim (DILIM) 24
Dialog 23
die PISA-Studie 7, 29

E

Ehrenamtlichen 26
Ehrenamtspass 26
Eigeninitiative 6, 8, 29
eigenverantwortliche Lebensführung 8, 30
Eigenverantwortung 7, 29
Einheitsschule 21
Entwicklungschancen 10, 32
Erwerbstätigkeit 15, 40
Erziehung 16, 42
Erziehungsarbeit 19, 45
Erziehungsfragen 19, 45
Existenzabsicherung 16, 41

F

Fallmanagement 9, 31
Familie 10, 31
Familienpolitik 10, 32
Frauen 15, 41
Frauenberatungsstelle 16, 42
Frauenhaus 16, 42
Frauenpolitik 15, 40
freie Kultureinrichtungen 21
Freizeit 13, 34
Freizeitwirtschaft 14, 36
Fundamentalismen 23
Fürsorge 14, 35

G

Ganztagsschule 19, 43
Generationenbrücken 13, 15, 39
generationsübergreifender Wohnprojekte 13, 39
gesunde Umwelt 10, 33
Gesundheit 27
Gesundheitsbewusstsein 27
Gesundheitsstadt 27
gesundheitsvorbeugende Maßnahmen 15, 40
Gesundheitswirtschaft 14, 37
Gewalt 16, 42
gewaltfreies Leben 16, 41
Gewaltschutzgesetz 16, 42
Gleichberechtigung 15, 40
Gleichstellung 17, 43
Gleichstellungsgesetzes 17, 44
Gründerinnenprojekte 16, 41
Gründerstadt 5, 29
Grundwerte 23
Gymnasium 20, 48
H
Hartz-Gesetze 9, 31
Hauptschule 20, 47
häuslicher Gewalt 16, 42
heitlichen Versorgung 15, 40
Herkunft 18, 43
Hilfe aus einer Hand 8, 31
Holding 23
Hort 11
Hospiz 27

I

Integration 19, 23, 45
Integrationsrat 24

J

Jugendarbeit 13, 35
Jugendberufshilfe 10, 33, 34
Jugendkunstschule 22, 48
Jugendliche 13, 38
Jugendpolitik 12, 13, 14, 34
Jugendzentren 13, 34
Junge Frauen 16, 41

K

Kinder 10, 13, 31
Kinder- und Jugendpolitik 10, 31
Kinderbetreuung 11, 34
Kinderpause 16, 41
Kindertageseinrichtungen 8, 11, 30
kinderwürdige Wohnverhältnisse. 10, 33
Kirchen 9, 31
Kleinkinder 11, 34
kommunale Wahlrecht 24
kommunaler Gesundheitspolitik 27
kommunales Ideenmanagement 25
Kontinuität und Wandel. 4, 29
Kooperationsnetzwerk 19, 44
Krankenhäuser 27
Kultur- oder Musikszene. 13, 34
Kulturarbeit 15, 40
Kulturbewusstsein 22, 48
Kulturbund 22
Kulturinitiativen 22, 49
Kulturpolitik 21
Künstler 21
Künstlerinnen 21
Kunstmuseum 22, 49

L

Landesmittel 13, 34
Lebenschancen 7, 21, 30
Lebensqualität 9, 31
Lebensstandard 10, 33
Leistungsprinzip 18, 43
Lerngruppen 20, 47
Lernvermögen 8, 30, 31, 33
Lernwerkstatt 21

M

Medienhaus 22, 48
medizinische Versorgung 27
Medizintechnologie 14, 38
Migrantinnen 15, 40
Mitwirkungschancen 24
MüGa 13, 39
Museen 21
Musikschule 21

N

Nachbarschaftliche Netzwerke 15, 39

Neue Schule 20, 47

Neuen Medien 22, 48

Notfallversorgung 27

O

Offene Ganztagsgrundschule 19, 43

P

Partizipation 23
Petitionsghremien 25
Pflegepolitik 14, 35
Pflichtaufgabe 21
PISA-Studie 20, 47
Planungsbeteiligungen 25

Q

Qualifizierung 20, 47
Qualifizierungsangebote 16, 41
Qualitätsmanagements 20, 46
Querschnittsaufgabe 14, 15, 39
Querschnittsaufgaben 10, 32

R

Realschule 20, 48
Rechtsstaatlichkeit 23

S

Sanierung 14, 39
Schmerztherapie 27
Schulen 14, 39
Schulfähigkeitsprofile 20, 46
Selbsthilfe 6, 8, 29
Selbsthilfegruppen 27
Selbstverwaltung 24
Seniorenfreundlich Stadt 14, 35
seniorenfreundlichen Stadt 15, 40
Seniorenkulturarbeit 15, 40
Seniorenpolitik 14, 35
Servicestelle für Betreuungsangebote 11, 34
solidarische Stadtgesellschaft 7, 28
Solidarität 7, 29
Sozialagentur 9, 31
Sozialagentur-Modell 8, 31
Sozialdialog 9, 31
soziale Herkunft 7, 29
Soziale Stadt 5, 7, 28
Sozialen Stadt 9, 31
sozialer Dienstleistungen 9, 31
Sozialraum 9, 31

Sozialraumorientierung 8, 9, 31

Soziokultur 22

Sport 13, 38

Stadt für junge Menschen 12, 34

Stadtkanzlei 25

Stadtmarketings 23

Stadtteilbibliothek 20, 47

Standortfaktor 12, 34

Sterbebegleitung 27

T

Teilhabe 8, 30
Teilhabegesellschaft 23
Theater 21
Theatergruppen 22
Theaterkunst 21
Theaters an der Ruhr 23
Theaterstadt 21, 23
Tourismus 14, 36

V

Verantwortung 24
Verbänden 11, 33
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 11, 33
Vereinen 11, 33
Vereinsamung 14, 36
Vereinzelung 14, 36
Verfassungsrechte 23
Vernetzungsstelle Schule und Kultur 22, 48
Verständigung 18, 43
Verwaltung 24
Vorschulalter 8, 30

W

Weiterbildung 20, 46
Weiterbildungsangebot 20, 47
Wellness 14, 37
Wohlfahrtsverbänden 9, 31, 33
Wohnbedürfnisse 14, 38
wohnbegleitende Dienstleistungen 14, 38
Wohnberatung 14, 38

Z

Zertifizierung 20, 46
Zukunftschancen 19, 46
Zuwanderern 23

gemeinsam für
mülheim

www.spdmh.de >> E-Mail: spdinfo@spdmh.de

